

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 22. Februar 2012 - Nr. 45/8 D1

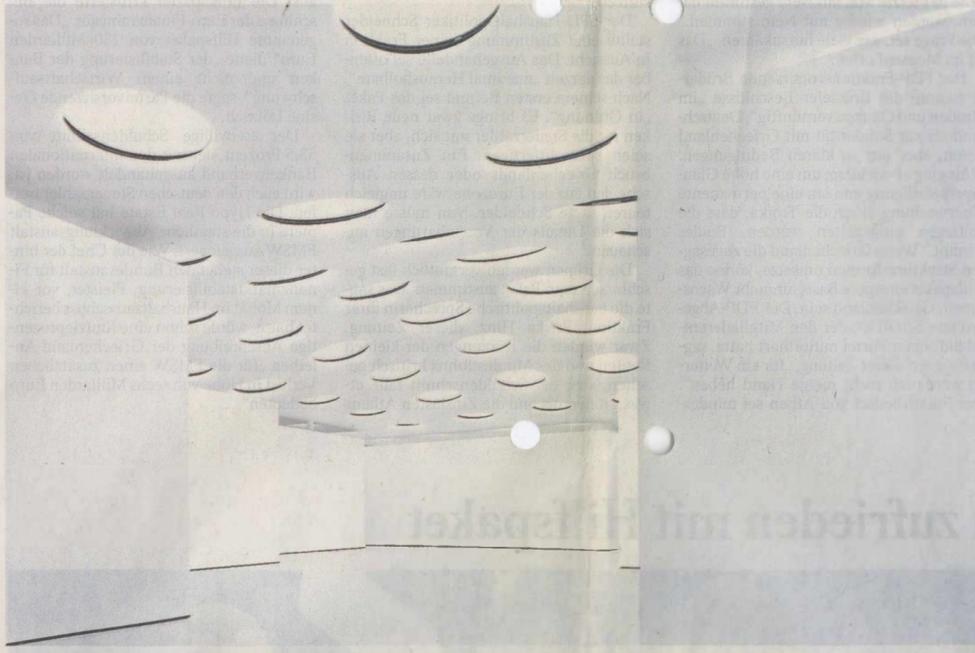
HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,10 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

## Russland plant neue Resolution zu Syrien

Her./anr. ABU DHABI/FRANKFURT, 21. Februar. Nach Angaben von Oppositionellen sind am Dienstag in Syrien mindestens 65 Regimegegner getötet worden. Die Stadt Homs wurde den 18. Tag in Folge unter Beschuss genommen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz forderte die Konfliktparteien auf, täglich eine zweistündige Feuerpause einzuhalten, damit die Bevölkerung Hilfe bekommen könne. Unterdessen will Russland im UN-Sicherheitsrat einen neuen Resolutionsentwurf einbringen. Nach Angaben von Moskaus UN-Botschafter Tschurkin soll dieser „konkrete Schritte zur Lösung humanitärer Probleme“ in Syrien ermöglichen. Wie den Syrern geholfen werden solle, sagte er nicht. Russland kritisierte das für Freitag in Tunis geplante Treffen der „Freunde Syriens“, auf dem ebenfalls über humanitäre Hilfe für die bedrängte Bevölkerung beraten werden soll. Es diene dem Dialog nicht, weil die syrische Regierung nicht eingeladen sei, argumentierte das russische Außenministerium. Offenbar will Moskau durch seine Initiative in New York verhindern, dass dort wieder arabische und westliche Staaten mit einem Resolutionsentwurf vorpreschen. Russland geht nun aber auf den Vorschlag der Arabischen Liga ein, die UN sollten einen Syrien-Gesandten ernennen. Dieser solle humanitäre Hilfe koordinieren, sagte Tschurkin. (Siehe Seite 6.)

## Hohe Kunst im tiefen Keller



Lichthimmel – Am Aschermittwoch beginnt die Fastenzeit, die Wochen der Zurückhaltung bringt. Dass Entbehrung auch schöne Seiten hat, kann man in Frankfurts neuem Stadel-Museum erleben. Dort erwartet den Besucher eine abgespeckte Architektur. Eine Himmelstreppe führt hinein in

eine wolkeige Landschaft. Die futuristischen Ausstellungsräume liegen allerdings acht Meter tief unter der Erde. So leer wie auf unserer Abbildung ist der Erweiterungsbau auch nicht mehr. Wer sich das Ganze ausgedacht hat, steht auf Seite 10, was zu sehen ist, auf Seite 29. Foto Norbert Miguletz/Städell

## Noch ein Kreditpaket

Von Holger Steltzner

Seit mehr als zwei Jahren versprechen die Regierungschefs die Rettung des Euro, was immer das heißen und was immer das kosten mag. In Griechenland haben jedenfalls die vielen Milliarden des ersten Kreditprogramms die Lage nicht verbessert. Es wurde nur Zeit gekauft, diese aber leider nicht genutzt. Nun wird mit dem nächsten Kreditpaket über 130 Milliarden Euro der Bankrott des Landes weiter aufgeschoben. Private Besitzer griechischer Staatsanleihen (das sind nicht nur Banken) verlieren durch Zwang mehr als die Hälfte ihres Kapitals – dennoch wird der Schuldschnitt als freiwillig gelobt.

Das ist eine Zäsur. Ein Land in der Währungsunion wird umgeschuldet, darf aber den Euro behalten, sich über die Halbierung der Schuld freuen, die Verdopplung seines Darlehens in Empfang und eine weitere Absenkung der Kreditzinsen mit Wohlgefallen zur Kenntnis nehmen. So lässt sich gut Schulden machen, wird sich jeder normale Kreditnehmer denken. Kein Wunder, dass nun aus Portugal, Irland, Spanien oder Italien Wünsche nach Schuldenerleichterung kommen.

Die Investoren am Euro-Kapitalmarkt erhalten eine doppelte Lektion. Erstens nehmen sich die Emittenten von Staatsanleihen das Recht, die Anleihebedingungen zu ändern, wann immer es ihnen passt. Zweitens müssen nur die Privatanleger bluten, staatliche Gläubiger wie die EZB erhalten eine Vorzugsbehandlung, ihre Kredite werden nicht beschnitten. Das erleichtert die Rückkehr der Krisenstaaten an den Kapitalmarkt nicht.

Bitter ist, dass Griechenland allen Reformversprechen zum Trotz nicht wettbewerbsfähiger geworden ist. Die Preise und Löhne sind so hoch wie vor dem Platzen der Kreditblase, die Defizite auch und der Importüberhang wird weiterhin mit Geld aus dem Ausland finanziert. Die Preise müssen runter, wenn Hellas im Wettbewerb mit seinen Nachbarn beim Verkauf landwirtschaftlicher Güter oder im Tourismus mithalten will. So eine Anpassung erfolgt normalerweise über den Wechselkurs durch Abwertung der eigenen Währung. Dieses Instrument haben die Mitglieder der Währungsunion aus der Hand gegeben. In Griechenland müssten Löhne und Preise um die Hälfte sinken, um so erfolgreich wie Irland zu sein. Das ist zu viel, hierfür fehlen Wille und Kraft. Also rückt das dritte Kreditpaket näher – oder der Abschied vom Euro.

## Renaissance des Vorurteils

Von Nikolas Busse

Die vielleicht bedrückendste Begleiterscheinung der Euro-Krise ist die Renaissance des nationalen Vorurteils. Hemmungslos schlagen sich die europäischen Völker charakterliche Zerrbilder um die Ohren, die man in dieser Ballung lange nicht gehört hat. Die Deutschen sind wieder die Nazis (milde Version: die Bismarcks), während südliche EU-Mitglieder als faule Säcke und kleine Betrüger gelten (Griechen: große Betrüger). In der Presse der Mitgliedstaaten fehlt kein Klischee, vom elektronischen Stammisch im Internet ganz zu schweigen. Manche Sätze, die da in jüngster Zeit zu lesen waren, erinnern an die Jahre vor und zwischen den Weltkriegen.

Es war nicht zu erwarten, dass eine so tiefgreifende Krise in Plauderton des Frühstücksfernsehens abgehandelt würde. Trotzdem dokumentiert der rauhe Umgang eine Niederlage der EU. Im Grunde scheitert die europäische Einigung auf genau dem Feld, das immer ihr Hauptanliegen war: der Aussöhnung von Völkern, die einander in einer sehr langen gemeinsamen Geschichte mit Argwohn, Neid und Feindseligkeit zu begegnen pflegten. Man mag über das Pathos lächeln, mit dem zuletzt die Generation Kohl das vielzitierte europäische Haus baute, und man kann den Kopf schütteln über die technokratischen Hausmeister in Brüssel – als Ordnungsversuch ist und war die EU trotzdem eine Revolution auf diesem Kontinent.

Das Euro-Debakel zeigt nun, dass sie das Bewusstsein der Völker nicht wirklich erfasst, sondern bestenfalls gestreift hat. Natürlich gibt es in Europa gewaltige Unterschiede in den Mentalitäten zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West. Und natürlich ist der griechische Staat ein erschreckender Sanierungsfall, dem nur noch harte Reformen helfen, nicht Schuldzuweisungen an den größten Geber. Aber ist es wirklich schon Ausweis süßen Nichtstuns, wenn die Griechen im Schnitt vier Jahre länger arbeiten als die Deutschen? Wie fleißig sind dann eigentlich die Deutschen, da die Schweden noch mal drei Jahre länger arbeiten? In Wirklichkeit ähneln sich die europäischen Völker mehr als ihnen bewusst ist. Von Amerika aus gesehen hängen sie alle dem gleichen (teuren) Sozialstaat an, das dynamische China hält jeden Europäer für bequem und unflexibel.

Dass die EU-Bürger einander trotz Binnenmarkt und Freizügigkeit fremd geblieben sind, zeigt, dass die Europapolitik die Beharrungskraft des Nationalgedankens unterschätzt hat. Die Welt lebt noch immer im Zeitalter des Nationalstaats, gemessen an der Menschheitsgeschichte ist er mit seinen zweihundert Jahren blutjung. Aus Bayern, Hessen oder Sachsen sind im Laufe der Jahrzehnte Deutsche geworden, weil sie dieselbe Sprache gesprochen und eine Kultur geteilt haben. Von der Schule über die Ausbildung bis ins Berufsleben teilen die Nationen

Europas ihre Erziehungs- und Bildungsergebnisse immer nur mit den Menschen, die innerhalb ihrer Landesgrenzen leben. Das können ein Schüleraustausch, eine Städtepartnerschaft, eine Ferienreise und selbst ein gemeinsames Parlament in Straßburg nicht ausgleichen.

So greifen die Europäer in der Krise auf einen Erfahrungsschatz über ihre Nachbarn zurück, den man eigentlich nach 1945 wegschließen wollte. Für viele Deutsche mag es eine Überraschung sein, aber im Rest Europas ist das Dritte Reich nicht vergessen. Auch der Waffenstillstand 1918 ist bei einigen unserer Nachbarn noch völlig selbstverständlich ein Feiertag. Die schmerzvolle Selbstläuterung, der sich die Deutschen in den vergangenen

In Europa macht sich wieder Feindseligkeit breit. Doch die vielgeschmähten Eliten halten dagegen.

Jahrzehnten unterzogen haben, ist im Ausland deutlich weniger bekannt als deutsche Autos. Eine gewisse Grundskepsis gegenüber diesem großen Land in der Mitte des Kontinents, dessen Gründung und Aufstieg die Nachbarn seit dem 19. Jahrhundert mit viel Blut bezahlen mussten, ist gerade in den kleinen europäischen Ländern nie verschwunden.

Die gute Nachricht ist, dass die Politik mit diesen Meinungsströmungen im Großen und Ganzen vernünftig umgeht. Vor allem die Bundeskanzlerin trifft immer wieder den richtigen Ton. Die Krise hat ihr (unerbeten) die Führung Europas in die Hände gelegt, was eine Verantwortung bedeutet, die weit über Deutschland hinausgeht. Kein Kanzler vor ihr hat so etwas je erlebt. Frau Merkels bestimmtes, aber ruhiges und sachliches Auftreten in Brüssel hat ohne Zweifel einiges dazu beigetragen, die EU in ihrer bisher schwersten Stunde zusammenzuhalten. Wieviel eine Vormacht sich verbauen kann, wenn sie rüde und herrisch agiert, haben zuletzt die Vereinigten Staaten erfahren müssen.

In den anderen EU-Staaten wird das schrille Lied bisher vor allem von Hinterbänkler oder extremen Parteien gesungen, auch wenn in Griechenland sicher zu oft vom gekränkten Stolz des Landes die Rede ist. Wie sehr die Eliten verstanden haben, was auf dem Spiel steht, sieht man besonders gut in Polen. Die Regierung Tusk kämpft mit harten Bandagen für ihre Interessen, so wie das alle EU-Länder tun, auch die Deutschen. Das große Reservoir an historischen Verwundungen und anti-deutschen Ressentiments, das ihre Vorgängerregierung so trefflich bediente, zapft der Ministerpräsident aber nicht an. Eine Zukunft hat die EU nur, wenn das in allen Mitgliedstaaten so bleibt.

## Heute

### Warnung vor Gutmenschen

Joachim Gauck erklärt anlässlich der Verleihung des Börne-Preises 2011, warum wir nicht das Paradies gestalten, sondern das Machbare. Das Dokument, Seite 8

### Hort der Frommen

Buraida war stets für gelehrte Theologen und erfolgreiche Fernhändler bekannt, in jüngerer Zeit fand Al Qaida hier seinen saudi-arabischen Nachwuchs. Aber die Stadt hat sich der Moderne geöffnet. Politik, Seite 3

### Piraten unter Druck

Mit ihrem robusten Mandat sieht sich die europäische Mission Atalanta im Kampf gegen die Piraten am Horn von Afrika erfolgreich. Doch auf Geiseln müssen die Marinekräfte Rücksicht nehmen. Politik, Seite 6

### Mühen der Energiewende

Der Anschluss von Windparks auf hoher See ist nicht das einzige Problem, vor dem der Netzbetreiber TenneT steht. Eine neue deutsche Gleichstrom-Netzgesellschaft könnte Abhilfe schaffen. Wirtschaft, Seite 18

### Die labilen Bayern

Mitunter spielt der Fußball-Rekordmeister berauschend. An schlechten Tagen aber fehlt ein Spieler, der andere mitreißen kann. Das ist auch eine Folge des Wandels in der Einkaufspolitik. Sport, Seite 27

### Der wahre Bildungsskandal

Ein Land verschließt hartnäckig die Augen vor seiner Schande: Fast 7,5 Millionen Analphabeten leben in Deutschland, und es wird seit Jahren viel zu wenig getan, um daran etwas zu ändern. Feuilleton, Seite 31

### Auerbachs Dorfgeschichten

Er war einer der beliebtesten Erzähler des neunzehnten Jahrhunderts und brachte den Deutschen den Schwarzwald nahe. Heute ist Berthold Auerbach ein fast Vergessener. Geisteswissenschaften, Seite N4

## Alle Beteiligten zufrieden mit 130 Milliarden-Hilfspaket für Athen

Papademos: Historischer Tag / Ermahnungen an Griechenland / Am Montag im Bundestag

wmu./now./pwe. BRÜSSEL/WASHINGTON, 21. Februar. Nach der Verständigung der Finanzminister der Eurogruppe auf ein weiteres Hilfsprogramm für Griechenland haben sich Vertreter der beteiligten Staaten zufrieden mit dem Gesamtergebnis gezeitigt. Weil aber auch das neue Programm mit einer Reihe von Unwägbarkeiten verbunden ist, mahnten mehrere Minister am Dienstag zur Vorsicht. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sagte, das Ergebnis lasse sich „nach sorgfältiger Prüfung gut verantworten“. Die Bundesregierung werde dem Bundestag, der über das Paket am Montag entscheidet, Zustimmung empfehlen. Griechenland müsse jedoch sämtliche mit dem Hilfspaket verbundenen Bedingungen erfüllen.

Die Eurogruppe hatte sich am Dienstagmorgen nach 13 Stunden dauernden Verhandlungen auf die Details des zweiten Hilfspakets für Athen geeinigt und Griechenland damit vor der Insolvenz bewahrt. Das Paket besteht aus neuen öffentlichen Krediten von 130 Milliarden Euro, die zu den im ersten Paket vom Mai 2010 beschlossenen 110 Milliarden Euro hinzukommen. Die aus dem ersten Programm noch nicht ausbezahlten rund 35 Milliarden Euro werden in das neue Programm überführt, so dass Athen insgesamt weitere 165 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Wie bisher soll auch der der Internationale Währungsfonds (IWF) beteiligen. Den europäischen Beitrag finanzieren der Euro-Krisenfonds EFSF und dessen Nachfolger ESM. Die

genaue Aufteilung zwischen europäischen und IWF-Mitteln steht noch nicht fest. Die Kredite sollen in mehreren Tranchen bis 2014 gewährt werden.

Der griechische Ministerpräsident Lukas Papademos sprach von einem „historischen Tag“, die Erfüllung der Bedingungen für die Kredite erfordere aber noch viel Arbeit. Auch der Vorsitzende der Eurogruppe, der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker, sagte, das Hilfspaket gebe Griechenland Zeit für strukturelle Reformen. Vorsichtig äußerte sich der niederländische Finanzminister Jan Kees de Jager, der von einem „Programm mit Risiken“ sprach. (Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2, siehe Wirtschaft, Seiten 11, 13 und 14.)

## SPD reicht Klage gegen Regierung in Hannover ein

Kabinette von Wulff und McAllister betroffen / Weiter Unfrieden nach Gauck-Nominierung

vL./ban. HANNOVER/BERLIN, 21. Februar. Wenige Tage nach dem Rücktritt von Bundespräsident Wulff haben die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag und der frühere Innenminister Bartling (SPD) beim Staatsgerichtshof in Bückeburg eine Klage gegen die Landesregierung eingereicht. Nach Ansicht Bartlings und der SPD-Fraktion sagten sowohl die frühere Landesregierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Wulff 2010 als auch die aktuelle Landesregierung unter McAllister (beide CDU) nicht die Wahrheit über eine Beteiligung der Staatskanzlei am sogenannten „Nord-Süd-Dialog“. Das Land hatte die Veranstaltung offenbar finanziell und organisatorisch unterstützt, dies aber lange bestritten.

In der CDU/CSU-Fraktion ist unterdessen – bis hinein in deren Führung – über das Vorgehen der FDP der Nominierung Gaucks für das Amt des Bundespräsidenten debattiert worden. In Zeitungsinterviews wurden die koalitionsinternen Auseinandersetzungen fortgesetzt. Der stellvertretende Vorsitzende Meister warf der FDP wegen deren Votum für Gauck Untreue vor. „Ich finde es beachtlich, dass sich die Liberalen mit SPD und Grünen ins Bett legen.“ Er fügte an: „So weit ich weiß, haben wir noch eine Koalition mit der FDP.“ Es hieß in der Fraktionsführung aber auch, der Ärger über das Verhalten des FDP-Vorsitzenden Rösler und des FDP-Fraktionsvorsitzenden Brüderle werde auch wieder vergehen. Der baden-würt-

tembergische CDU-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Strobl sagte: „Eine Wiederholung eines solchen Verhaltens wird es in der Koalition mit Sicherheit nicht geben.“ Der Koalitionsausschuss der Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU, CSU und FDP soll am 4. März tagen.

Der FDP-Vorsitzende Rösler bestätigte: „Die Möglichkeit, die Koalition zu beenden, ist von der Union mehrfach genannt worden.“ Gleichwohl sagte er: „Das Vertrauen ist nicht zerstört.“ FDP-Generalsekretär Döring sagte, schön sei es gewesen, den Koalitionspartner überzeugt zu haben. „In diesem Stil werden wir weiter gemeinsam regieren.“ (Siehe Seite 4 sowie Sport, Seite 28 und Feuilleton, Seite 29; Kommentar Seite 10.)

## Marine Le Pen scheidet mit Klage

mic. PARIS, 21. Februar. Der französische Verfassungsrat hat am Dienstag eine Klage Marine Le Pens zu ihrer Zulassung zu den Präsidentschaftswahlen abgewiesen. Die Vorsitzende des rechtsextremen Front National (FN) hatte den Verfassungsrat angerufen, weil sie eine Vorschrift aus dem Jahr 1976 für rechtswidrig hält, die alle Präsidentschaftskandidaten verpflichtet, Unterschriften von 500 gewählten Mandatsträgern wie beispielsweise Bürgermeistern vorzuweisen. Sie

forderte ein Recht auf Anonymität für die Unterzeichner, damit diese nicht öffentlichem „Druck“ ausgesetzt würden. Der Verfassungsrat wies dies im Namen der Transparenz zurück; die Regelung verstoße nicht gegen das Prinzip der Meinungsvielfalt. Die Klage ist auf die Schwierigkeiten Marine Le Pens zurückzuführen, bis zum Ablauf der Frist am 16. März die erforderlichen Unterschriften zu sammeln. Viele Lokalpolitiker wollen ihren Namen nicht mit dem der FN-Kandidatin in Verbindung gebracht sehen. Die Pflicht der sogenannten Wahlpaten soll verhindern, dass es zu viele Kandidaten für Frankreichs höchstes Staatsamt gibt.

## Aufbruch in Bagram wegen Koranverbrennung

F.A.Z. FRANKFURT, 21. Februar. Die angebliche Verbrennung von Koranexemplaren durch amerikanische Soldaten hat am Dienstag in Afghanistan wütende Proteste hervorgerufen. Vor dem Stützpunkt in Bagram etwa 60 Kilometer nördlich von Kabul versammelten sich nach Behördenangaben etwa 3000 Demonstranten, die Brandsätze warfen. Die Schutztruppe Isaf teilte mit, es sei „nicht-tödliche Munition“ eingesetzt worden, um die Menge aufzulösen. (Siehe Seite 6.)

Briefe an die Herausgeber	7	Deutschland und die Welt	9	Wetter	18	Feuilleton	29
Natur und Wissenschaft	N1	Zeitgeschehen	10	Finanzmarkt	19	Medien	33
Geisteswissenschaften	N3	Wirtschaft	11	Recht und Steuern	21	Fernsehen und Hörfunk	34
Impressum	4	Unternehmen	14	Kurse	22	Forschung und Lehre	N5
Das Dokument	8	Menschen und Wirtschaft	16	Sport	27	Jugend schreibt	N6

**STREIFZÜGE**

Demmin

**Merkel im Dreistromland**

Seit siebzehn Jahren feiert die CDU in Mecklenburg-Vorpommern ihren Aschermittwoch. Im Unterschied zu den Aschermittwoch-Auftritten der anderen Parteien in Bayern geht es bei der CDU erst um 17 Uhr los. Man trifft sich im vorpommerschen Demmin, der Stadt im Dreistromland von Trebel, Tollense und Peene, dem „Amazonas des Nordens“. Eine Blaskapelle spielt. Werner Kuhn, der CDU-Europaabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern, deklamiert seine Verse. Der Landesvorsitzende, Innenminister Lorenz Caffier, spricht. Dann der Höhepunkt: Die Kanzlerin und CDU-Vorsitzende redet. Angela Merkel gehört dem Landesverband an. Sie hat im Nordosten ihren Bundestagswahlkreis, in dem Bundesland also, aus dem der künftige Bundespräsident kommt. Gaucks Geburtstags Rostock und Frau Merks Wahlkreis liegen keine Autostunde auseinander. Frau Merkel war einst Landesvorsitzende. „Ich müsste schon eine sehr gute Entschuldigung haben, wenn ich nicht auf dem Aschermittwoch bin“, sagt sie. „Zeit für deutliche Worte“ ist der politische Aschermittwoch überschrieben. Dem wurde Frau Merkel gerecht, bis sie Kanzlerin wurde. Seitdem sind ihre Reden so, wie sie bei einer Kanzlerin nicht anders sein können. Und die Sicherheitsanforderungen sind natürlich gestiegen, ebenso das Medieninteresse. Das allgemeine Interesse sowieso: Ewa 1500 Leute kommen jedes Jahr in das Demminer Tennis- und Squash-Center. Die Stimmung im „Center“ ist großartig, der „Kanzlertisch“ begehrt. Es ist die größte Veranstaltung der CDU an diesem Tag. Ein paar Höhepunkte hat es in Demmin gegeben. Etwa als der damalige Parteivorsitzende Jürgen Seidel mit seiner Band auftrat und „Marmor, Stein und Eisen“ spielte. Oder als Caffier seine Schweriner Ministerkollegin Manuela Schwesig, zuständig für das Sozialressort und stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende, als Küstenbarbie bezeichnete. Sie hat gekontert: Dann sei er wohl Ken. Das männliche Gegenstück zu Barbie ist weniger bekannt und beliebt. Caffier musste allerdings gesagt werden, wer Ken ist.

Angefangen hatte der politische Aschermittwoch im Norden ein paar Kilometer von Demmin entfernt – in Stavenhagen. Der CDU-Ortsverband dort errichtete erstmals 1995 auf dem Marktplatz ein großes Zelt und feierte. In Stavenhagen war bald kein Platz mehr, 2001 gab es die Premiere in Demmin. Ursprünglich war das Rahmenprogramm mehr karnevalistisch, mit Cancan-Tänzerinnen zum Beispiel. Das gefiel den katholischen Parteimitgliedern nicht. Seither gibt es die Beschränkung auf Blasmusik. Auch die Linkspartei wird am Mittwoch wieder nach Demmin kommen und für den Mindestlohn streiten. Freilich vor der Halle. FRANK PERGANDE

**Heute**

**Medwedjew trifft Opposition**  
Die Proteste in Russland gegen Ministerpräsident Putin hören nicht auf, dessen Anhänger auch nicht untätig bleiben. Jetzt hat das Staatsoberhaupt Vertreter nicht registrierter Parteien empfangen. **Politik, Seite 7**

**Falten für die Industrie**  
Wenn Kristina Wißling über Falten redet, meint sie nicht die in ihrem Gesicht. Die Diplom-Designerin beschäftigt sich mit Origami, der traditionellen japanischen Falte Kunst. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

**Wer war Charlie Chaplin?**  
Charlie Chaplin, der Star vieler Stummfilme, wurde jahrelang vom britischen Geheimdienst beobachtet. Doch auch der MI5 konnte seine Identität nicht mit Sicherheit klären. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

**Häutungen**  
Die Ereignisse in der arabischen Welt gehen auch an den Palästinensern nicht spurlos vorüber. In der Hamas gibt es ein heftiges Ringen um die Macht und den künftigen Kurs. **Zeitgeschehen, Seite 10**

**Erweiterer**  
In Frankfurt öffnet heute der Anbau des traditionellen Stadel seine Pforten. Dies ist ein großer Tag für den Wiener Max Hollein, der dem Institut seit dem Jahre 2006 als Direktor vorsteht. **Zeitgeschehen, Seite 10**

**Rettungspaket für Griechenland Viel Geld für Athen und viel Kontrolle durch Brüssel**

**In Berlin vor allem Zustimmung zum Griechenland-Paket**

Koalitionspolitiker loben Einigung mit Gläubigern / SPD: Das maximal Herausholbare erreicht / Linke dagegen

mas. BERLIN, 21. Februar. In den Koalitionsfraktionen wird eine kontroverse Debatte über das zweite Hilfspaket für Griechenland erwartet. Schriftliche Unterlagen lagen den Abgeordneten am Dienstagmittag noch nicht vor. Finanzminister Schäuble (CDU) unterrichtet aber die Haushaltspolitiker von Koalition und Opposition mündlich. Am Freitag soll der Haushaltsausschuss über das 130-Milliarden-Euro-Paket für Athen beraten, das die Eurogruppe am frühen Dienstagmorgen guthieß. Am Montag nächster Woche werden erst die Fraktionen zusammenkommen, anschließend soll der Bundestag über die deutsche Beteiligung befinden.

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion Meister (CDU) lobte, dass „endlich eine Vereinbarung über den notwendigen Gläubigerverzicht gelungen ist, der auch von der Quote her einen vernünftigen Beitrag leistet“. Die Signale aus Griechenland zu notwendigen Reformen sind nach seinen Worten vielversprechend. Das werde weiter beobachtet. „Wir erwarten ein klares Signal, dass Griechenland nun zu den Vereinbarungen auch über den Wahltermin hinaus steht.“ Das geplante

Verrechnungskonto bezeichnete Meister als sinnvoll. „Es wird sicherstellen, dass die Gelder wirklich zu Tilgungen und Zinszahlungen verwendet werden.“ Der CSU-Politiker Michelbach sagte aber einige Rückfragen der Abgeordneten voraus. „Die das letzte Mal mit Nein gestimmt haben, werden wieder mit Nein stimmen.“ Die Frage sei, wie viele hinzukämen. „Das ist im Moment offen.“

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Brüderle nannte die Brüsseler Beschlüsse „im Großen und Ganzen vernünftig“. Deutschland sei zur Solidarität mit Griechenland bereit, aber nur zu klaren Bedingungen. „Uns ging es vor allem um eine hohe Gläubigerbeteiligung und um eine permanente Überwachung durch die Troika, dass die Auflagen eingehalten werden. Beides kommt.“ Wenn Griechenland die zugesagten Strukturreformen umsetze, könne das Hilfspaket eine gute Basis für mehr Wachstum in Griechenland sein. Der FDP-Abgeordnete Schäffler, der den Mitgliederentscheid seiner Partei mitinitiiert hatte, sagte dagegen dieser Zeitung, „für ein Weiteres werde ich nicht meine Hand heben“. Der Finanzbedarf von Athen sei mindestens

doppelt so hoch. Der deutsche Steuerzahler finanziere so dauerhaft ein Haushaltsdefizit Griechenlands von mindestens 20 Milliarden Euro mit. Das Hilfspaket sollte besser dazu dienen, den Austritt Griechenlands aus der Eurozone zu unterstützen.

Der SPD-Haushaltspolitiker Schneider stellte eine Zustimmung seiner Fraktion in Aussicht. Das Ausgehandelte sei offenbar das derzeit „maximal Herausholbare“. Nach seinem ersten Befund sei das Paket „in Ordnung“. Es bringe zwar neue Risiken für die Steuerzahler mit sich, aber sie seien zu rechtfertigen. Ein Zusammenbruch Griechenlands oder dessen Ausscheiden aus der Eurozone wäre ungleich teurer, sagte Schneider. Nun müsse man sich die Details der Vereinbarungen anschauen.

Die Grünen werden vermutlich fast geschlossen dem Paket zustimmen. Das sagte die haushaltspolitische Sprecherin ihrer Fraktion, Priska Hinz, dieser Zeitung. Zwar würden die Kürzungen der kleinen Renten und des Mindestlohns kritisch gesehen, aber der Schuldenschnitt falle etwas größer aus und die Zinslasten Athens

würden etwas gesenkt. Die Grünen-Politikerin rechnet nicht damit, dass dies die letzte Hilfe für Griechenland sein wird. „Wir werden in den nächsten zehn oder 15 Jahren weitere Unterstützung brauchen, vielleicht auch finanzielle“, sagte sie voraus. Die Linkspartei kritisierte die Beschlüsse der Euro-Finanzminister. „Das sogenannte Hilfspaket von 130 Milliarden Euro“ diene „der Stabilisierung der Banken und nicht einem Wirtschaftsaufschwung“, sagte die Parteivorsitzende Gesine Lötzsch.

Der freiwillige Schuldenschnitt von 53,5 Prozent, der mit den internationalen Bankenverband ausgehandelt worden ist, wird auch den deutschen Steuerzahler treffen. Die Hypo Real Estate hat solche Papiere in die staatliche Abwicklungsanstalt FMSW ausgelagert. Wie der Chef der hinter dieser stehenden Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, Pleister, vor einem Monat im Haushaltsausschuss berichtet hatte, würde schon eine fünfzigprozentige Abschreibung der Griechenland-Anleihen „für die FMSW einen zusätzlichen Verlust in Höhe von sechs Milliarden Euro bedeuten“.

**Hollandes Partei enthält sich**

mic. PARIS, 21. Februar. Auf Stimm-enthaltung haben sich die französischen Sozialisten geeinigt, um dem Gesetz über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bei der Abstimmung in der Nationalversammlung in Paris am Dienstagabend nicht zustimmen, es aber auch nicht ablehnen zu müssen. Zwei Monate vor den Präsidentschaftswahlen führen die Sozialisten damit ein weiteres Mal ihre Gespaltenheit in wesentlichen europäischen Fragen vor. Während eine Mehrheit in der parlamentarischen Fraktion seit langem einen Rettungsschirm vom Zinschnitt des ESM fordert, lehnt eine Minderheit den neuen Hilfsmechanismus ab, weil dieser die Finanzhilfen an die Einhaltung der im sogenannten Fiskalpak festgelegten Haushaltsregeln knüpft. Auf diese strikte Haushaltsdisziplin wollen sich einige sozialistische Abgeordnete aber nicht vertraglich festlegen lassen. Der sozialistische Fraktionsvorsitzende Jean-Marc Ayrault, einer der wenigen Deutschlandkenner unter den führenden französischen Sozialisten, musste in den vergangenen Tagen sein gesamtes Verhandlungsgeschick aufbringen, um die Fraktion auf eine einheitliche Linie zu bringen. Die Enthaltung ist dabei der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die Sozialisten in der Europapolitik verständigen können. Dem ESM war trotz der sozialistischen Enthaltungsstrategie die Zustimmung sicher; das Präsidentenlager verfügt über eine breite Mehrheit in der ersten Parlamentskammer.

**Ungarns Parlament stimmt für Fiskalpak**

R.O. WIEN, 21. Februar. Das Parlament in Budapest hat sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, dass Ungarn dem europäischen Fiskalpak beitrete. Damit wollen sich außer Großbritannien und der Tschechischen Republik alle anderen 25 der 27 EU-Mitgliedstaaten dem Pak für Festigung und Überwachung von Haushaltsdisziplin unterwerfen, der bei dem für März vorgesehenen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs von den beitragswilligen Mitgliedsländern unterzeichnet werden soll. Für den Entschuldigungsantrag von Außenminister Martonyi stimmten 304 Abgeordnete, 42 votierten dagegen, 15 enthielten sich der Stimme. Im Zusammenhang mit drei gegen Budapest laufenden Vertragsverletzungsverfahren wegen der Staatsreform der Regierung Orbán bezeichnete der ehemalige EU-Kommissar und ehemalige ungarische Außenminister Kovács derweil das mögliche Einfrieren der Kohäsionsfonds als Folge eines „arroganten Verhaltens der Regierung Orbán“, mit dem Ungarn das „Wohlfühlen der Union verloren“ habe.

**Xi verspricht Europäern Hilfe**

Lt. LONDON, 21. Februar. Der chinesische Vizepräsident und mutmaßlich künftige Staatspräsident Xi Jinping hat am Ende seines Besuches in Irland bekräftigt, China wolle den Europäern bei der Lösung der Eurokrise behilflich sein. Xi sagte in Dublin, China sei ein „verlässlicher Freund für Irland und andere europäische Länder, um in der Krise zu helfen und Lösungen zu erreichen“. China werde „in verantwortungsvoller Weise im Rahmen seiner Möglichkeiten die Anstrengungen der EU, des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank unterstützen, die europäischen Schuldenprobleme zu lösen“, sagte Xi.

Fortsetzung von Seite 1

**Alle Beteiligten zufrieden mit Hilfspaket**

Schäuble sagte, jetzt überwögen die Chancen, dass die griechische Wirtschaft wettbewerbsfähiger werde, dass sie wieder wachse und dass das Land seine Schulden besser in den Griff bekommen könne. Ein ausschließlich für den Schuldendienst eingerichtetes Sonderkonto sowie die personelle Verstärkung der Arbeitsgruppe (Task Force) der Europäischen Kommission sollten dabei behilflich sein.

Unter Anspielung auf griechische Kritik am Verhalten Deutschlands bekräftigte Schäuble die Notwendigkeit, in schwierigen Zeiten mit dem Partnerland zusammenzustehen und nicht überheblich zu erscheinen. Die griechische Führung sei jedoch gefordert, bis Monatsende die notwendigen Beschlüsse zu treffen, nicht zuletzt zu Renten- und Arbeitsmarktreform oder zum Kampf gegen Steuerhinterziehung. Auf dieser Basis werde die Troika aus IWF, Europäischer Zentralbank (EZB) und EU-Kommission Anfang März einen Bericht vorlegen, ehe die 17 EU-Staaten abschließend über die Freigabe der Mittel entscheiden könnten.

Möglich geworden war die Einigung erst, nachdem sich die griechische Regierung in parallel verlaufenden Verhandlungen mit dem Internationalen Bankenverband (IIF) darauf verständigt hatte, dass der im Grundsatz bereits beschlossene Forderungsverzicht der privaten Gläubiger noch etwas stärker ausfallen wird als bisher geplant. Die privaten Gläubiger sollen nun auf 53,5 Prozent des Nettowerts ihrer griechischen Staatsanleihen verzichten; bislang waren 50 Prozent vorgesehen. Der Gesamtbeitrag der privaten Gläubiger zur Senkung der griechischen Staatsschuld soll so von 100 auf 107 Milliarden Euro steigen. Das genaue Volumen hängt allerdings vom Ergebnis des Anleihtauschs ab, den die griechische Regierung in den kommenden Wochen durchführen will. Angestrebt wird, dass sich 90 Prozent der Anleger auf den Forderungsverzicht und den damit verknüpften Anleihtausch einlassen. Der IIF sprach von der „bisher größten Umstrukturierung von Staatsschulden“ aller Zeiten.

Mit dem Umtausch verlieren die Anleihen zugleich an Wert. Die Zinssätze für die neuen Anleihen beginnen bei zwei, steigen später auf drei und erst nach 2020 auf 4,3 Prozent. Aus dem 130-Milliarden-Programm sind 30 Milliarden Euro dafür vorgesehen, die privaten Anleger für die daraus entstehenden Verluste zu entschä-



Der nächste Streich: Griechenlands Finanzminister Venizelos (links) und Ministerpräsident Papademos in Brüssel

digen. Die restlichen 100 Milliarden Euro dienen der direkten Finanzierung des griechischen Staates.

Das bis zuletzt offene Ziel, die griechische Staatsschuld bis 2020 von derzeit knapp 170 auf 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu senken, soll nun

mit einer Kombination aus mehreren Maßnahmen erreicht werden. Der Beitrag der privaten Gläubiger soll dabei den größten Teil der zuletzt festgestellten Lücke von neun Prozentpunkten des BIP schließen. Die öffentlichen Geldgeber tragen aber auch einen Teil bei. Für die im Mai 2010

Griechenland gewährten bilateralen Kredite des ersten Programms sollen die Zinsen auf etwa zwei Prozent sinken. Ferner werden die nationalen Notenbanken stärker einbezogen. Gewinne, die sie aus den von ihnen gehaltenen griechischen Anleihen erzielen, können eingesetzt werden, um die Verschuldung zu verringern. Die beschlossenen Maßnahmen sollen sicherstellen, dass Griechenlands Schulden 2020 120,5 Prozent des BIP betragen.

Die Geschäftsführende Direktorin des IWF, Christine Lagarde, kündigte in Brüssel an, über den Beitrag des IWF werde erst im März entschieden. Im IWF-Exekutivdirektorium gibt es Widerstand diverser nicht-europäischer Länder, darunter der Vereinigten Staaten, dagegen, dass der IWF bis bisher rund ein Drittel zu den Rettungspaketen in Europa beisteuert. Frau Lagarde stellte 13 Milliarden Euro in Aussicht, zuzüglich der vom Währungsfonds noch nicht ausgezahlten zehn Milliarden Euro aus dem ersten Griechenland-Paket. Frau Lagarde forderte indirekt eine Ausweitung des dauerhaften Krisenfonds EFSF ablösen und 500 Milliarden Euro umfassen. Die Staats- und Regierungschefs wollen beim EU-Gipfel am 1. und 2. März über eine Ausweitung beraten, die Berlin bisher ablehnt.

**Ein Sonderkonto, das kein Sperrkonto ist**

Es ist kein Sperrkonto und auch kein Extrakonto, über das die internationalen Kredite an Athen verwaltet werden sollen. Das auf deutsche und französische Wünsche zurückgehende Sonderkonto, das die griechische Regierung auf Beschluss der Eurogruppe nun einrichten wird, dient einem anderen Zweck: Die Anleger sollen wieder Vertrauen in griechische Papiere erhalten. Die Regierung in Athen soll darauf jeweils den Betrag für den Schuldendienst des kommenden Quartals einzahlen. Der Vorrang von Zins und Tilgung vor anderen Ausgaben soll binnen zwei Monaten gesetzlich festgeschrieben und sobald

wie möglich auch in die Verfassung aufgenommen werden. In Brüssel war am Dienstag keine Rede mehr davon, dass Deutschland das Sonderkonto „diktiert“ habe. Finanzminister Schäuble sagte, er sei mit seinen Kollegen einig gewesen, dass diese vertrauensbildende Maßnahme sinnvoll sei. Auch die von Berlin geforderte verstärkte Kontrolle der griechischen Spar- und Reformschritte durch die EU ist Ort war in Brüssel nicht mehr strittig. Die Minister beauftragten die EU-Kommission, das bereits zu diesem Zweck in Athen eingesetzte Personal zu verstärken. (wmu.)

**STIMMEN DER ANDEREN**

**Wie soll das gutgehen?**  
Die Tageszeitung „Ouest-France“ (Rennes) schreibt zum neuen EU-Hilfspaket für Griechenland: „Die massive Finanzspritze von 130 Milliarden Euro, kombiniert mit einem Schuldenerlass in Höhe von hundert Milliarden Euro, verstärkt die Hoffnung auf eine Erholung des griechischen Patienten. Gerne würden wir auch an Zeichen für eine definitive Genesung glauben. Doch davor sind wir leider noch weit entfernt. Der gute, aber zugleich machtlose Wille des Regierungschefs Papademos und seiner Verbündeten reicht nicht, um nach vier Jahren Rezession den Himmel der griechischen Wirtschaft aufzuhellen. Die Bevölkerung leidet unter einer Jugendarbeitslosenquote von vierzig Prozent. Die Löhne der Beamten sind in zwei Jahren um dreißig Prozent gesunken. Die soziale Akzeptanz dieses Sparkurses, der dem griechischen Volk aufzuzwingen wurde, stößt an ihre Grenzen.“

**Dieser „deutsche Nelson Mandela“**  
Zur Nominierung Joachim Gaucks als Kandidat für das Bundespräsidentenamt bemerkt die Moskauer Tageszeitung „Kommersant“: „Neues Staatsoberhaupt wird der ehemalige Dissident und Geistliche aus Ostdeutschland, Joachim Gauck, der eine auffällige Rolle bei der Wiedervereinigung des Landes nach dem Fall der Berliner Mauer gespielt hat. Indem sich Bundeskanzlerin Merkel doch zur Kür dieses ‚deutschen Nelson Mandela‘ durchgerungen hat, um ihre Zustimmungswerte bei der Bevölkerung nicht zu gefährden, hat sie auch bewiesen, dass sie mit der Opposition eine gemeinsame Sprache finden kann. Damit hat sie verhindert, dass sich der Skandal um den früheren Präsidenten Christian Wulff zu einer politischen Krise ausweitete.“

**Würde und Widerpart**  
Die Tageszeitung „Der Standard“ (Wien) sieht Gauck als den erfrischend „anderen Politiker“: „Gauck ist ein Hoffnungsträger, der – wie einst der auf die Prager Burg katapultierte Schriftsteller Václav Havel – über sein Land hinaus Strahlkraft entwickeln kann: einer, welcher der Politikverdrossenheit nicht nur trotzen kann, sondern der der Demokratie neuen Schub verleihen dürfte. Er tritt nicht wie ein Parteivertreter auf und verkörpert die Sehnsucht nach einer anderen Politik, nach anderen Politikern... Es ist eine Ironie der Geschichte, dass just Gauck der präsidial agierenden Moderatorin Merkel gefährlich werden könnte: Indem er zum Widerpart wird, den sie in ihrer Partei nicht mehr hat, weil er die Deutungshoheit in Deutschland erringt.“

**Ein konservativer Vorzeige-Liberaler**  
Gerade die FDP könne dereinst von Gauck profitieren, findet die „Neue Osnabrücker Zeitung“: „Viele werden sich wundern, sofern sie aus Gaucks gängiger Titulierung als einstiger Bürgerrechtler schließen, dass er übermäßig sozial engagiert sei. Lässt man eine Romantisierung des früheren Wirkens beiseite und blickt auf seine Positionen, ist Gauck nämlich ein konservativ orientierter Vorzeige-Liberaler. Die persönliche Freiheit ist für ihn ein zentrales Gut – und sie geht einher mit individueller Verantwortung. Diese verlangt Gauck ohne jede Sentimentalität von den Menschen, frei nach dem Motto: Jammere nicht, unternimm etwas. Die FDP kann also zu Recht hoffen, dass der neue Präsident die liberale Sicht wieder salonfähig macht und vor dem weiteren Verfall bewahrt.“

**Zu viel Heuchelei um Griechenland**  
Die Tageszeitung „Le Télégramme“ (Brest) äußert ebenfalls skeptisch: „Wie sollen die Griechen leben, mit einem monatlichen Brutto-Mindestlohn von 14 mal 586 Euro? Wie sollen sie in einem ruinierten Land überleben, das von einer ersten Rezession geplagt wird und wo fast jeder zweite junge Grieche unter 25 Jahren arbeitslos ist? Dank der Finanzhilfe der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF) kann der griechische Staat weiter künstlich beatmet werden. Doch Schluss mit der Heuchelei – jeder weiß bereits, dass sich das Hilfspaket aus 130 Milliarden Euro schnell als unzureichend erweisen wird.“

**Gauck wird niemandem gehören**  
Auch die „Neue Zürcher Zeitung“ befasst sich mit der Entscheidung für Gauck: „Es braucht das Wissen eines Ostdeutschen, der seiner Überzeugung auch unter dem Druck von Schikanen der SED-Machthaber nachgegeben hat, um die wahren Schwierigkeiten im Zusammenwachsen zweier unterschiedlicher Gesellschaften zu erkennen und zu benennen. Das wird un bequem sein. Aber vielleicht beruht gerade die Autorität des höchsten deutschen Staatsamts darauf, dass der Inhaber nichts beschönigt. Gauck wird niemandem gehören, schon gar nicht den politischen Parteien. Dies hat Bundeskanzlerin Merkel zweimal bewogen, ihn abzulehnen, auch wenn sie sich jetzt dem Druck der Koalitionspartnerin FDP hat beugen müssen.“

**Die Kraft aus dem Osten**  
Die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ erwartet vom künftigen Bundespräsidenten „substantielle Reden“: „Das Glück eines parteilosen Staatsoberhauptes fällt dem Land als Ergebnis von Parteiattributen zu, die sich als überparteilich kaschieren... Doch Ende gut, fast alles gut: Deutschland hat einen respektablen Präsidenten, von dem substantielle Redebeiträge zu erhoffen sind. Zufall oder nicht: Deutschland wird künftig von zwei Ex-DDR-Bürgern mit Wurzeln in der evangelischen Kirche angeführt, von Merkel und Gauck. Das ist nicht nur ein schönes Symbol der Wiedervereinigung. Es wirft auch die Frage auf, ob das Jahr 1989 nicht zuletzt deswegen ein Segen war, weil Kraft und Energie zur personellen und moralischen Erneuerung des erschlafften Westens aus dem Osten kommen.“

**Von wegen Würde des Amtes**  
Der „Donaukurier“ (Inngolstadt) kritisiert das Vorgehen der Parteien bei der Gauck-Nominierung: „Was ist wichtiger: die Nominierung Joachim Gaucks als Bundespräsident oder die Deutung der Frage, wie es dazu kam und wem das geschadet oder genützt hat? Um herauszufinden, was viele Bürger am politischen Betrieb stört und – mit Verlaub – was sie an der politischen Klasse abstößt, dafür sind die Vorgänge am dramatischen Sonntagabend beispielhaft. Kaum war der Kandidat gefunden, begann das übliche Wettrennen um die mediale Aufmerksamkeit – mit dem Ziel, Profit für sich und seine Partei herauszuschlagen. Die Würde des Amtes und der Respekt davor, bis zu Wulffs Abgang gebetsmühlenartig wiederholt, spielten plötzlich keine Rolle mehr.“

# Notenbanken bleiben weitgehend ungeschoren

Griechenanleihen aus EZB-Beständen von Teilverzicht ausgenommen / Gewinne werden weitergeleitet

ruh. FRANKFURT, 21. Februar. Die Notenbanken des Eurosystems bleiben in der bevorstehenden Umschuldung der griechischen Staatsschulden weitgehend ungeschoren. Die im Laufe der Jahre anfallenden Gewinne sollen aber nach den üblichen Verfahren und Regeln von den nationalen Notenbanken an die Staaten weitergeleitet werden – ein kleiner Teil davon, so lautet die Verpflichtung einiger Euro-Länder, auch an Griechenland. Das soll den Schuldenstand um 1,8 Prozentpunkte und den Finanzierungsbedarf um 1,8 Milliarden Euro verringern, heißt es in einer Stellungnahme der Regierungen der Eurogruppe. Zu dieser Weiterleitung von Notenbankerträgen verpflichten sich nur Länder, deren Notenbanken griechische Anleihen im Investmentportfolio halten, die Schuldtitel also nicht aus geldpolitischen Gründen gekauft haben. Zu dieser Gruppe gehört Deutschland nach Angaben der Bundesbank nicht.

Nachdem schon die aus dem Anleihekaufprogramm (SMP) stammenden Schuldtitel, die nicht zum Investmentportfolio zählen, im Nennwert von rund 55 Milliarden Euro in neue griechische Anleihen getauscht wurden, geschieht das nun mit Titeln, die von einzelnen Euro-Notenbanken im Investmentportfolio gehalten werden. Diese Titel sollen einen Nennwert von knapp 15 Milliarden Euro haben, heißt es am Dienstag. Die in dem Tausch von griechischen Staat an die Notenbanken gelieferten neuen Anleihen sind mit den alten identisch – mit Ausnahme einer veränderten Wertpapierkennnummer. Damit sind die von den Notenbanken gehaltenen griechischen Anleihen besonders gekennzeichnet. Das ermöglicht es der griechischen Regierung, sie von dem bevorstehenden – möglicherweise erzwungenen – Schuldenschnitt auszuklammern. Von den Verlusten wären so nur private Gläubiger betroffen.

Die Notenbanken des Eurosystems können damit auf eine vollständige Rückzahlung der griechischen Anleihen zum Nennwert hoffen. Da die Anleihen für Kurse weit unterhalb des Nennwerts gekauft wurden, sind neben den Zinseinnahmen Kursgewinne zu erwarten. In der Stellungnah-



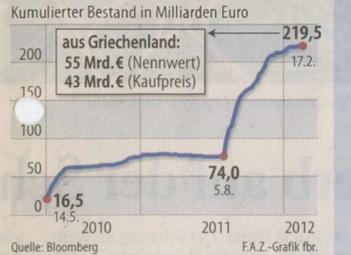
## Kunstgriff für die Euro-Notenbanken

Die neuen Anleihen, die der griechische Staat an die Euro-Notenbanken liefert, sind mit den alten identisch – mit Ausnahme einer veränderten Wertpapierkennnummer. Mit diesem juristischen Kunstgriff werden die von den Notenbanken gehaltenen griechischen Anleihen markiert. Das ermöglicht es der griechischen Regierung, sie von dem bevorstehenden Schuldenschnitt auszuklammern. Von den Verlusten wären dann nur private Gläubiger betroffen.

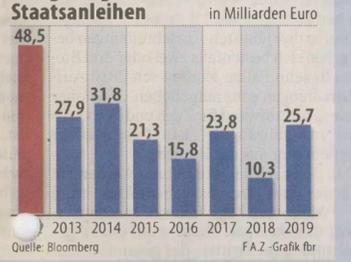
me der Regierungen der Eurogruppe zu den Umschuldungsentscheidungen wird zwischen zu erwartenden Gewinnen aus dem Anleihekaufprogramm und denen aus dem Investmentportfolio unterschieden. Zu den griechischen Anleihen aus dem Anleihekaufprogramm stellen die Regierungen fest, dass sie im öffentlichen Interesse erworben worden seien. Die daraus zu erwartenden Erträge würden zum Gewinn der Europäischen Zentralbank (EZB) und der 17 nationalen Notenbanken beitragen. Diese Gewinne würden entsprechend den Anteilen am Eurosystem auf die nationalen Notenbanken verteilt und dann nach deren Regeln an die nationalen Haushalte überwiesen. Offenbar

sind diese zukünftigen Erträge nicht in den Umschuldungsrechnungen enthalten. Mit den erwarteten Gewinnen der Notenbanken aus dem Investmentportfolio verhält sich dies anders. Die nicht aus geldpolitischen Gründen erworbenen griechischen Anleihen im Nennwert von 15 Milliarden Euro sind sehr ungleich im Eurosystem verteilt. Die Bundesbank hat nach eigenen Angaben keine Titel. Größere Bestände soll es dagegen unter anderem in Griechenland, Zypern und Luxemburg geben. Diese Anleihen sind nun auch vor Verlusten geschützt. Die Regierungen der betroffenen Länder haben sich jedoch bereit erklärt, einen Betrag an Griechenland zu leisten, der allen künftigen Erträ-

## EZB-Anleihekäufe



## Fälligkeit griechischer Staatsanleihen



## Heute

### Nahverkehr ohne Wettbewerb

Lange Zeit stritten sich die Deutsche Bahn und ihre Konkurrenten um lukrative Aufträge im Nahverkehr. Das ist seit der Finanzkrise vorbei. Probleme bereitet die Beschaffung neuer Züge. Seite 12

### Bürokratieabbau in der EU

EU-Vorschriften belasten Unternehmen oft durch die Umsetzung in den Mitgliedstaaten. Darauf weist ein Bericht der Stoiber-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau hin. Seite 13

### Bad Bank der HRE in Nöten

Kein Institut ist vom Schuldenschnitt für Griechenland so stark betroffen wie die FMS Wertmanagement, die Abwicklungsanstalt der maroden Hypo Real Estate. Seite 14

### Rekordgewinn für Fresenius

In Amerika werden wegen Produktionsproblemen der Wettbewerber einige Arzneimittel von Fresenius knapp. Der Konzern verbucht einen Rekordgewinn. Seite 15



### Eine weitere „Hotelaffäre“

Dominique Strauss-Kahn, ehemaliger IWF-Chef, ist zu Ermittlungszwecken in Polizeigewahrsam genommen worden. Es geht um seine Rolle in mehreren Sexpartys. Seite 16

### Engpass der Energiewende

Dem Netzbetreiber Tenet wachsen die Aufgaben über den Kopf. Das niederländische Staatsunternehmen regt eine deutsche Gleichstrom-Netzgesellschaft an. Seite 18

### Einheitliches Steuerrecht

Deutschland und Frankreich wollen ein einheitliches Steuerrecht für die Wirtschaft schaffen. Für deutsche Unternehmen bringt das nicht nur Vorteile. Recht & Steuern. Seite 21

# Alle tragen noch ein wenig mehr bei

Ein Überblick über die Details der Griechenland-Hilfe / Von Werner Mussler

## Woraus besteht das neue Hilfsprogramm für Griechenland?

Mit dem Beschluss der Eurogruppe wird das erstmals im Juli 2011 beschlossene zweite Hilfsprogramm für Athen zum zweiten Mal nach dem Oktober 2011 geändert. Der Grund für die Änderungen bestand jeweils darin, dass die zunächst geplante Finanzierung nicht ausreichte. Das neue Programm löst das alte, im Mai 2010 beschlossene ab und soll abermals eine griechische Zahlungsunfähigkeit verhindern. Es besteht aus neuen öffentlichen Krediten von 130 Milliarden Euro für den Zeitraum bis 2014. Hinzu kommen aus dem alten Programm rund 35 Milliarden Euro. Der zweite Bestandteil ist ein partieller Schuldenschnitt; die privaten Gläubiger Griechenlands sollen auf 53,5 Prozent des Nennwerts ihrer Forderungen an Athen verzichten. Geplant ist, dass die griechische Staatsschuld dadurch von derzeit 350 um 107 Milliarden Euro gesenkt wird. Zugleich werden die Auflagen für Griechenland gegenüber dem ersten Programm verändert.

## Wie soll die griechische Schuldenfähigkeit mittelfristig wiederhergestellt werden?

Die lange offene Frage war, wie die griechische Staatsschuld bis 2020 von jetzt fast 170 auf 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gesenkt werden kann. Unter dieser Bedingung gilt nach einer Festlegung vom Herbst die Schuldenfähigkeit als gesichert; die Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission hatte zuletzt auf Basis der bisherigen Maßnahmen für 2020 eine Schuldenquote von 129 Prozent des BIP errechnet. Die Lücke soll nun durch eine Kombination mehrerer Schritte geschlossen werden: durch eine stärkere Privatgläubigerbeteiligung, niedrigere Zinsen und einen Beitrag der nationalen Notenbanken. Nach den Berechnungen der Eurogruppe lässt sich der Schuldenstand so bis 2020 auf 120,5 Prozent des BIP senken.

## Steht der genaue Beitrag der privaten Gläubiger schon fest?

Nein. Fest steht nur, dass sie nun nicht, wie im Oktober vereinbart, auf 50 Prozent des Nennwerts der von ihnen gehaltenen Anleihen verzichten sollen, sondern auf 53,5 Prozent. Wie hoch ihr Beitrag letztlich ist, steht erst fest, wenn die Regierung den Schuldentausch durchgeführt hat.

## Inwieweit wird Griechenland durch niedrigere Zinsen entlastet?

Die Zinsen, die Griechenland auf die Kredite (auch rückwirkend aus dem ers-

ten Programm) zahlen muss, sollen noch einmal um 150 Basispunkte gesenkt werden. Das läuft auf einen Zinssatz von etwa 2 Prozent hinaus. Ursprünglich war ein Zins von 4,5 Prozent verabredet gewesen, der im Juli 2011 schon auf 3,5 Prozent gesenkt worden war. Das soll die Schuldenquote bis 2020 um 2,8 Prozentpunkte senken.

## Sind auch die Notenbanken in den Schuldenschnitt eingebunden?

Ja, indirekt. Das soll die Schuldenquote bis 2020 um 1,8 Prozentpunkte senken (siehe Artikel oben).

## Wie beteiligt sich die öffentliche Hand außerdem am Schuldenschnitt?

30 Milliarden Euro aus dem Gesamtpaket von 130 Milliarden Euro sind für die Absicherung des Anleihetauschs vorgesehen. Damit sollen private Anleger für daraus entstehende Verluste entschädigt werden.



Athen erhält mehr Zeit.

Foto Bloomberg

## Welchen Beitrag zum Gesamtpaket leistet der Internationale Währungsfonds (IWF)?

Das steht noch nicht genau fest. In der Erklärung der Eurogruppe ist nur von einem „erheblichen“ Beitrag die Rede. Bundesfinanzminister Schäuble nannte den Betrag von 13 Milliarden Euro an frischem Geld. Dazu kommen 17 Milliarden Euro aus dem ersten Griechenland-Programm (F.A.Z. vom 20. Februar). Die Geschäftsführende Direktorin des Fonds, Christine Lagarde, machte die Höhe des IWF-Beitrags in Brüssel auch davon abhängig, in welchem Umfang der Euro-Krisenfonds ESM ausgeweitet wird. Das IWF-Ekzekutivdirektorium wird darüber erst im März, nach dem EU-Gipfeltreffen in der kommenden Woche, entscheiden. Auf dem Gipfel wird über die ESM-Ausweitung beraten, gegen die sich die Bundesregierung bislang sperrt. Sie wird auf dem Gipfel unter erheblichen Druck geraten.

gen der jeweiligen nationalen Notenbank aus diesem Portfolio bis zum Jahr 2020 zu fließen wird, heißt es in der Stellungnahme. Außerdem ist in dem Papier von der Erwägung die Rede, den Stabilisierungsfonds EFSF zum Rückkauf von griechischen Anleihen aus geldpolitischen Operationen des Eurosystems zu ermächtigen. Damit sei nicht der in früheren Verhandlungsphasen erwogene Ankauf von SMP-Anleihen durch die EFSF gemeint, hieß es am Dienstag aus dem Umfeld der EZB. Vielmehr solle die EFSF unmittelbar nach einer Umschuldung Garantien für griechische Schuldtitel ausprechen. (Banken müssen stärker bluten, Seite 13, Commerzbank und FMS, Seite 14)

## Wer finanziert den europäischen Anteil am Kreditpaket?

Der Euro-Krisenfonds EFSF, von Mitte des Jahres an der ESM. Die übrigen Mittel aus dem ersten Programm, die durch bilaterale Kredite der Euro-Staaten finanziert wurden, werden in den EFSF überführt.

## Wie hoch ist der europäische Anteil?

Das hängt vom IWF-Anteil ab: Alles, was der IWF nicht beiträgt, müssen EFSF und ESM übernehmen.

## Wie viel Geld ist für die Rekapitalisierung der griechischen Banken vorgesehen?

Insgesamt nun 50 Milliarden Euro. Aus dem ersten Programm waren für diesen Zweck bereits 10 Milliarden Euro gebunden gewesen; der im zweiten Programm dafür ursprünglich vorgesehene Betrag von 30 Milliarden Euro wurde jetzt auf 40 Milliarden Euro erhöht.

## Was ändert sich an den Zielgrößen des griechischen Anpassungsprogramms?

Für die Senkung der Staatsschuld erhält Griechenland mehr Zeit. Die Vorgaben für die Erzielung von Primärüberschüssen sind großzügiger gestaltet worden. Nicht zuletzt sind die Prämissen zur Erzielung von Privatisierungsgewinnen erheblich angepasst worden. Bis 2015 sollen aus der Privatisierung „nur“ noch 19 Milliarden Euro Erlös werden, nicht wie bisher kalkuliert 50 Milliarden Euro.

## Welche zusätzlichen Auflagen muss Athen erfüllen?

Bis Monatsende muss Griechenland eine Reihe von Gesetzen beschließen, die alle schon in diesem Jahr greifen sollen. Sie betreffen die Senkung der Gesundheitsausgaben, niedrigere Mindestlöhne, Ausgabenkürzungen der öffentlichen Hand, Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst, eine Rentenreform und Subventionstreichungen. Steuererhöhungen sind nicht vorgesehen.

## Ist die neue Hilfe für Athen schon endgültig in trockenen Tüchern?

Nein. Etliche Entscheidungen stehen noch nicht endgültig fest. Die Eurogruppe und der IWF werden das Paket erst endgültig billigen, wenn Griechenland bis Ende des Monats etliche zugesagte Reformen in Gesetzesform gegossen hat. Weiterhin ist offen, wie hoch der Beitrag der Privatgläubiger sein wird. Zudem steht ein eventueller Beitrag der Notenbanken unter dem Vorbehalt, dass diese autonom entscheiden können.

## Machtkampf im Vorfeld

Von Ulrich Friebe

Auf dem Frankfurter Flughafen spielen sich groteske Szenen ab: 200 Mitarbeiter der Vorfeld-Kontrolle versuchen seit Tagen, mit Streiks den Betrieb auf dem drittgrößten Flughafen-Drehkreuz in Europa lahmzulegen. Um ihre Forderungen nach zweistelligen Lohnzuwächsen und weniger Arbeitszeit durchzusetzen, setzen die Vorfeldlotsen, Einweiser und Verkehrsdisponenten fest auf Beistand der GdF – jener selbstbewussten Branchengewerkschaft, die jüngst den Tarifkonflikt der Fluglotsen zu ihren Gunsten entscheiden konnte. Im Gegensatz zu Fluglotsen, die nach der gescheiterten Privatisierung der Flugsicherung bei einem bundeseigenen Unternehmen arbeiten, hat es die GdF bei Fraport mit einem weitgehend privatwirtschaftlichen Flughafenbetreiber zu tun: Geübt darin, im (freien) Markt flexibel zu reagieren, verstehen es die Manager am Frankfurter Flughafen offensichtlich, die streikbedingten Engpässe beim Personal intern so abzufedern, dass die Schäden auf Kundenseite minimiert werden. Das Machtpotential der GdF schwindet vor diesem Hintergrund mit jedem Streiktag, und für die Spartengewerkschaft empfiehlt sich der dringende Appell, sich endlich zu mäßigen.

## Älter und produktiver

Von Kerstin Schwenn

Immer wieder legt sich Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen für die „Rente mit 67“ ins Zeug. Auch wenn alle demographischen Argumente auf ihrer Seite sind, ist das nicht leicht. Denn damit eckt sie an – nicht nur bei Gewerkschaften und Sozialverbänden, sondern auch beim Volk, das auf längere Lebensarbeitszeit lieber verzichten würde. Argumentationshilfe findet von der Leyen vor allem in der Arbeitsmarktstatistik. Danach liegt der Anteil der Erwerbstätigen über 60 Jahre inzwischen bei mehr als 40 Prozent. Im europäischen Vergleich hat sich Deutschland nach Jahren der Vorruhestands-Begeisterung vorgearbeitet. Wahr ist zwar, dass in der Quote auch andere als sozialversicherungspflichtige Vollzeitjobs berücksichtigt sind. Nicht nur die Gewerkschaften halten das für mehr als einen Schönheitsfehler. Doch die Fachkräfte suchende Wirtschaft wird die Älteren künftig mehr brauchen denn je. Die Statistik bescheinigt Unternehmen, die auf Ältere setzen, sogar höhere Produktivität. Es lohnt sich also, mehr für die arbeitenden Älteren zu tun – in Weiterbildung und Gesundheitsvorsorge etwa. Gerade kleine und mittlere Betriebe haben hier viel Nachholbedarf.

## Der erste Schuldenschnitt

Von Heike Göbel

Der Staatsbankrott, der keiner sein darf, nimmt Gestalt an. Private Gläubiger verzichten auf einen Teil des Geldes, das sie Griechenland geliehen haben. Eine Vereinbarung mit den Banken über den Schuldenerlass hatten die Euro-Regierungen – neben Reformzusagen der griechischen Politik – zur Voraussetzung gemacht für das zweite öffentliche Hilfspaket für Griechenland im Umfang von 130 Milliarden Euro. Mit dem von der Politik faktisch erzwungenen, aber weiter als „freiwillig“ deklarierten Schuldenschnitt gewinnt die Rettungsaktion, die ja nicht nur die Griechen, sondern vor allem den Fortbestand der jungen Währungsunion sichern soll, eine neue Qualität: Durch das Zulassen privater Verluste gestehen die Euro-Politiker zwei Jahre nach dem ersten Hilferuf aus Athen erstmals offiziell ein, dass das Land nicht bloß vorübergehende Finanznöte hat, sondern zahlungsunfähig ist. Damit verbunden ist das Eingeständnis, dass Staatsanleihen eines Eurolandes nicht in jedem Fall eine risikolose Anlage sind.

Die Tragweite und die Folgen dieses Schritts für die Währungsunion und die Fiskaldisziplin sind nur zu erahnen. Positiv zu bewerten ist, dass endlich auch private Gläubiger nennenswert – die Rede ist von 107 Milliarden Euro – an den Kosten der Rettung Griechenlands beteiligt werden. Sie haben viele Jahre an der exzessiven Schuldenpolitik der Euro-Peripherieländer gut verdient und darauf gebaut, dass dies im Euroraum für alle Zeiten risikolos sei. Für dieses blinde Vertrauen (dem die Politik durch lockere Regulierung Vorschub geleistet hat) haften sie nun. Das ist wichtig, denn Marktwirtschaft funktioniert nicht, wenn Unternehmen und Banken Gewinne privat verbuchen, die Verluste aber auf die Steuerzahler schieben.

Doch die gewollte Stärkung des Haftungsprinzips stellt die Europäische Währungsunion nun vor schwer lösbare Probleme. Wenn sich Banken nach der schlechten Erfahrung mit Griechenland tatsächlich wieder marktgerecht verhalten und die Zinsaufschläge am Ausfallrisiko der einzelnen Länder orientieren, steht deren Finanzierung womöglich in Frage. Im schlimmsten Fall tritt ein Dominoeffekt ein, der zur Zahlungsunfähigkeit weiterer Euroländer führt.

Deswegen versuchen sich die Euro-Finanzminister mit dem zweiten Griechenland-Paket weiter an einem unmöglichen Spagat: Die in der Nacht zum Dienstag festgezurrt Haftung der Banken für griechische Staatsanleihen wird zur Ausnahme deklariert, nicht zum Präzedenzfall. Für bisher im Euroraum begebene Staatsanleihen, also die Altschulden, soll es keine weiteren Umschuldungen geben. Künftige Anleihen werden jedoch eine Vorsorgeklausel enthalten, die Umschuldungen im Fall der Fälle rechtlich erleichtern. Gleichzeitig

wird an den Details zum dauerhaften Rettungsfonds (ESM) gearbeitet. Er soll durch enorme finanzielle Beistandskraft – das genaue Kreditvolumen ist weiter strittig – garantieren, dass kein Euroland mehr ausfällt. So will die Währungsunion wieder zum sicheren Hafen werden – mit günstigen Zinsen.

Ob das Kalkül aufgeht, ist fraglich. Letztlich untergräbt ein permanenter Beistandsfonds die Haushaltsdisziplin im Euroraum, weil er verhindert, dass die Märkte exzessive Schuldenpolitik entsprechend sanktionieren. Mit der Fiskaldisziplin aber steht und fällt eine Währung. Für die Stabilität des

Die deutsche Politik arrangiert sich: Die Währungsunion wird zu einer Transfergemeinschaft.

Euro-Fundaments ist mit dem neuen Griechen-Paket daher nichts gewonnen. Und nur mühsam scheint es der Europäischen Zentralbank gelungen, nicht noch weiter vor den Karren der Politik gespannt zu werden.

Selbst Griechenland ist nicht gerettet. Man kauft der Regierung in Athen mit aberwitzigen Summen Zeit, unter verschärften Spar- und Reformauflagen samt strenger Kontrolle. 2020 soll das Land in der Lage sein, seine Schulden selbst zu tragen. Das glaubt niemand, als wahrscheinlicher gilt ein weiterer Schuldenschnitt. Denn mit dem Euro kann Griechenland seine Wettbewerbsfähigkeit, Voraussetzung für solide Steuereinnahmen, nicht wieder erlangen. Um gegenüber seinen Handelspartnern konkurrenzfähig zu werden, müssten Löhne und Preise der Handelsgüter rund die Hälfte billiger werden. Daran werde das Land zerbrechen, bestimmte Dinge seien ökonomisch nicht möglich, hat der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, in dieser Zeitung gesagt. Kehrt das Land zur Drachme zurück, könnte es die Anpassung der Kosten über die Abwertung der Währung erleichtern. Mit dieser Einschätzung steht er unter Ökonomen nicht allein.

Doch Sinns Rat, Griechenland die 130 Milliarden Euro als Ausstiegshilfe zu geben, findet weder in Brüssel noch in Athen Gehör. Weiter gilt das Diktum, das politische Projekt der gemeinsamen Währung mit allen 17 Mitgliedern zu erhalten, koste es, was es wolle. Daher wird der Bundestag auch diesem Hilfspaket für Griechenland zustimmen und alle Gründe finden, warum das Fass nun angeblich einen Boden hat – obwohl selbst der Internationale Währungsfonds zögert. Die deutsche Politik arrangiert sich still mit dem Gedanken, die Währungsunion zu einer Transfergemeinschaft auszubauen, in der Länder, die im Wettbewerb nicht mithalten können oder wollen, dauerhaft gestützt werden.

FIRMENINDEX	Seite	Cenit	15	Fairfax	16	Hancock and Wright	16	PNE Wind	18	Tennet	18
Aareal Bank	14, 18	Commerzbank	14	Fedex	15	Hapag-Lloyd	14	Post NL	15	TNT Express	15
Aurelius	15	Deutsche Lufthansa	12	Fitness First	17	HIG Capital	7	Rickmers Holding	16	United Parcel Service	15
AWD	20	Douglas	17	FMS	11, 14	Hypo Real Estate	14	Rio Tinto	16	Volkwagen	16
BASF	14, 18	Fraport	14	Korn Ferry	12	Korn Ferry	14	RWE	16	VTG	15
BC Partners	17	Eiffage	16	Fresenius	15, 18	Merck KGaA	14	Ryanair	15	Walter Services	17
Brenntag	14	Eon	14	FMC	15, 16, 18	Olympus	16	Sumitomo Mitsui	16	Wienerberger	17

## EU-Bürokratie entsteht oft erst in den Mitgliedstaaten

Stoiber-Arbeitsgruppe verweist auf ineffiziente Umsetzung

nbu. BRÜSSEL, 21. Februar. Die Belastung von Unternehmen durch EU-Vorschriften entsteht zu einem erheblichen Teil nicht durch die Brüsseler Gesetzgebung, sondern durch deren Umsetzung in den Mitgliedstaaten. Darauf hat ein Bericht der sogenannten Stoiber-Gruppe zum Bürokratieabbau hingewiesen, der am Dienstag EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso übergeben wurde. Die Beratergruppe unter der Leitung des früheren bayerischen Ministerpräsidenten stellte fest, dass 32 Prozent des durch die EU verursachten Verwaltungsaufwands auf eine ineffiziente Übertragung von EU-Beschlüssen oder deren Ergänzung durch nationale Regelungen zurückzuführen ist. „Hier schlummert ein Einsparpotential von 40 Milliarden Euro“, sagte Edmund Stoiber.



Edmund Stoiber

In ihrem Bericht stellt die Gruppe, die seit 2007 die Kommission berät, 74 vorbildliche Regelungen aus einzelnen Mitgliedstaaten vor, die in allen EU-Ländern Kosten verringern könnten. Dazu zählt eine neue Anleitung zur Umsetzung von EU-Richtlinien aus Großbritannien, bei der eine Prüfung vorgeschrieben ist, ob es alte britische Vorschriften gibt, die über das neue EU-Recht hinausgehen. In Estland gibt es ein Verbot, dieselben Daten mehrfach zu erheben. Mit Blick auf Deutschland wird der Mittelstandsmonteur gepriesen, mit dem kleine und mittlere Unternehmen durch eine Ampel-Kennzeichnung

über die Relevanz neuer Gesetzesinitiativen der Kommission informiert werden. Stoiber hob hervor, dass es große Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten gebe. So dauere im Vergabe-recht die Antragsbearbeitung in Litauen nur 77 Tage, in Malta dagegen 241. In Luxemburg nehme sie 22 Arbeitstage in Anspruch, in Bulgarien 93 Tage. Deutschland liege auf dem neunten Rang und habe durchaus Nachholbedarf. Barroso zeigte sich zufrieden mit der bisherigen Arbeit der Gruppe und teilte mit, dass ihr Auftrag bis 2014 verlängert werde. Ursprünglich sollte die Gruppe, der der Unternehmensberater Roland Berger und der frühere Deutsche-Bahn-Chef Johannes Ludewig angehören, bis Ende 2012 tätig sein. In Zukunft soll sie sich nicht nur mit dem Bürokratieabbau für kleine und mittlere Unternehmen befassen, sondern auch die öffentlichen Verwaltungen in Europa untersuchen. Manche Mitgliedstaaten seien sehr ineffizient, sagte Stoiber. Das Ziel müsse sein, EU-Beschlüsse „eins zu eins“ in den Mitgliedstaaten umzusetzen. Dazu wolle er eine Rangliste erstellen.

Die Stoiber-Gruppe erarbeitet bisher mehr als 300 Vorschläge zum Bürokratieabbau, die ein Einsparpotential von mehr als 40 Milliarden Euro haben sollen. Die EU-Kommission hat diese unter anderem in ihren Gesetzesvorschlägen für die Mehrwertsteuer auf elektronische Rechnungen und die Erleichterungen für Kleinunternehmen bei der Berichtspflicht aufgenommen – ihren bedeutendsten Initiativen zum Bürokratieabbau. Die Mitgliedstaaten und das EU-Parlament haben kürzlich EU-Gesetze zur Kostenreduzierung über 27 Milliarden Euro verabschiedet.

## China will Exporteure entlasten

Ausfuhren im Januar erstmals seit zwei Jahren gesunken

itz. HONGKONG, 21. Februar. China plant Finanzhilfen für Exporteure, um der Absatzschwäche in seinem Hauptmarkt Europa entgegenzuwirken. Wegen der „wachsenden Unsicherheit und Instabilität“ werde man den Ausfuhrunternehmern „zu einem angemessenen Zeitpunkt mehr Steuernachlässe auf bestimmte Gütergruppen gewähren, einschließlich der arbeitsintensiven Produkte“, sagte der stellvertretende Handelsminister Zhong Shan nach Angaben chinesischer Medien vom Dienstag. Zuvor hatte die Zollbehörde mitgeteilt, dass der Export im Januar erstmals seit zwei Jahren gesunken sei. Die Ausfuhr trägt mehr als ein Viertel zur chinesischen Wirtschaftsleistung bei. In den Jahren 2008 und 2009, als in der Finanzkrise Tausende chinesische Exportunternehmen schließen mussten,

waren die Steuern und Abgaben bereits sieben Mal verringert worden. Vor Zhong hatte auch Handelsminister Chen Deming Unterstützung für die angeschlagenen Betriebe angekündigt und damit EU-Handelskommissar Karel De Gucht aufgefordert. Die Hilfen könnten dazu führen, dass in der EU die Zahl der Antidumpingverfahren gegen China noch zunehme, drohte De Gucht in dieser Zeitung (F.A.Z. vom 16. Februar). Schon jetzt richten sich die meisten der Untersuchungen gegen das fernöstliche Land. Die EU und China sind der größte und der drittgrößte Wirtschaftsraum und die wichtigsten Handelsregionen der Welt. Laut Zahlen der EU-Kommission stieg der bilaterale Austausch 2011 um 16 Prozent auf 460 Milliarden Euro. Deutschland erbringt fast die Hälfte des Exports.

## Gemeinsame Ölförderung im Golf

Vereinigte Staaten und Mexiko unterzeichnen Abkommen

pwe. WASHINGTON, 21. Februar. Die Vereinigten Staaten und Mexiko haben sich darauf geeinigt, die Ölförderung in einem umstrittenen Gebiet im Golf von Mexiko voranzutreiben. Die beiden Außenministerinnen Hillary Clinton und Patricia Espinosa unterzeichneten im mexikanischen Ort Los Cabos ein entsprechendes Abkommen. Amerikanische Ölunternehmen und das staatliche mexikanische Unternehmen Petroleos Mexicanos (Pemex) werden danach in einem rund 6000 Quadratkilometer großen Gebiet an der Seegrenze zwischen den beiden Staaten gemeinsam Erdöl und Erdgas fördern. Das Gebiet war bisher von Bohrungen ausgenommen worden, weil die Ölvorkommen die Seegrenze teilweise queren. Pemex bereitet schon eine Bohrung in dem Gebiet in

rund 2700 Metern Tiefe vor. Das ist gut 1000 Meter tiefer als das Bohrung „Deepwater Horizon“, die 2010 zu der Ölkatastrophe im Golf führte. Das Abkommen mit Mexiko stellt nach Angaben der Vereinigten Staaten sicher, dass solche Tiefseebohrungen gemeinsame Sicherheitsstandards erfüllen. Nach Schätzungen amerikanischer Behörden werden in dem Gebiet 172 Millionen Barrel (159 Liter) Öl und 52 Millionen Barrel Gasäquivalente vermutet. Mexikanische Schätzungen liegen deutlich darüber. Mexiko nimmt weniger als 20 Bohrungen in seinen Gewässern vor. Die Ölförderung vor der mexikanischen Küste ist in den vergangenen Jahren gesunken. Das Abkommen mit den Vereinigten Staaten gilt als wichtiger Schritt, um diesen Trend umzukehren.

## Bank von Japan räumt politischen Druck ein

cag. TOKIO, 21. Februar. Die Bank von Japan steht unter einem wachsenden Druck aus der Politik, in ihrer ohnehin schon lockeren Geldpolitik noch weiter nachzugeben. Der Gouverneur der Bank, Masaaki Shirakawa, sicherte den Abgeordneten im Finanzausschuss des japanischen Parlaments in Tokio jetzt zu, er und Finanzminister Jun Azumi stimmten in den Grundlinien der Geldpolitik überein. Der Finanzminister ist einer der wichtigsten Wortführer in der regierenden Demokratischen Partei Japans, die die formell unabhängige Bank stärker an die Zügel der Politik zu nehmen. Dass die Bank diesen Druck wahrnimmt, zeigen die kürzlich in Tokio veröffentlichten Protokolle zur Sitzung des geldpolitischen Rats der Bank im Januar. Daraus geht etwa hervor, dass der Vertreter der japanischen Regierung, der als Beobachter anwesend war, die Währungshüter drängte, endlich „entscheidende Schritte“ zu ergreifen, um Preisstabilität zu erreichen und die Ziele der Notenbank an den Märkten besser zu kommunizieren. Damals hatte sich der geldpolitische Rat aber noch entschieden, die Geldpolitik nicht zu ändern. Azumi hatte der Bank im Parlament daraufhin unverhohlen damit gedroht, ihre Unabhängigkeit durch eine Änderung des Notenbankgesetzes zu beschneiden.

## Regierungschefs werben für Wachstumsstrategie

now. BRÜSSEL, 21. Februar. Die Regierungschefs von zwölf EU-Staaten werben in einem gemeinsamen Schreiben dafür, über die Sparbemühungen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte die Wachstumsförderung nicht zu vernachlässigen. Das offenbar auf Initiative des italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti und des britischen Premierministers David Cameron mit Blick auf das europäische Gipfeltreffen Anfang März verfasste Schreiben an EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso umfasst acht Einzelvorschläge. Ein Großteil zielt auf die Stärkung des europäischen Binnenmarkts. Gefordert werden mehr Wettbewerb im Dienstleistungsgewerbe und auf den Energiemärkten, verstärkte Forschung- und Innovationsanstrengungen sowie weniger bürokratische Auflagen. Auf der Wunschliste stehen auch eine enge transatlantische Wirtschaftspartnerschaft und die Reform der Arbeitsmärkte. Ziel sei es, „Europas Dynamik zu stärken und unsere Volkswirtschaften auf den Wachstumspfad zurückzuführen“, heißt es in dem Schreiben. Unterzeichnet haben es außer Monti und Cameron die Regierungschefs von Estland, Finnland, Irland, Letland, den Niederlanden, Polen, der Slowakei, Spanien, Schweden und Tschechien.

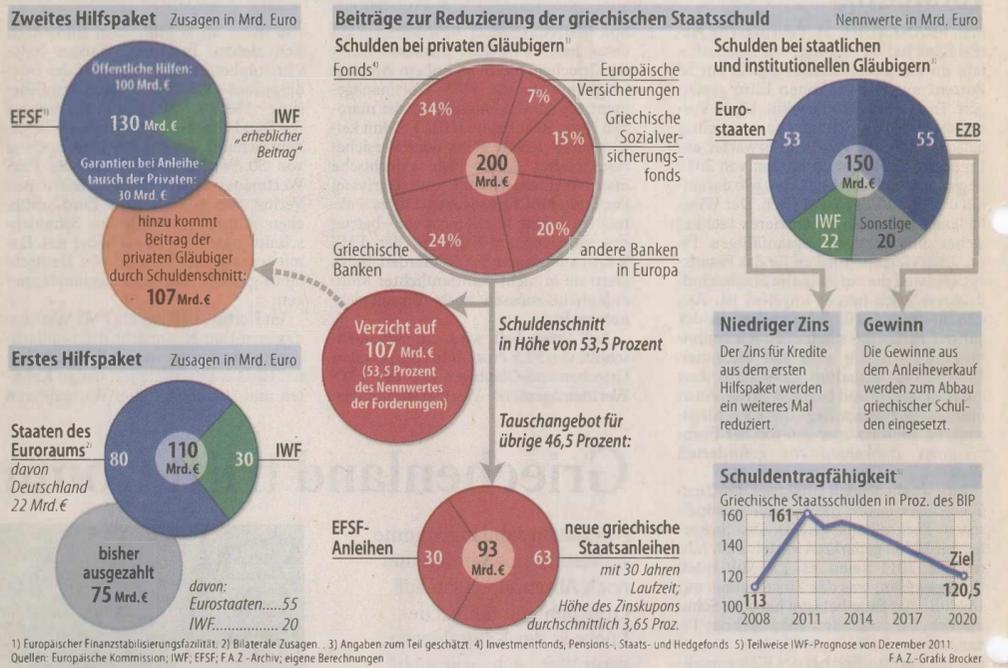
# Banken müssen für Griechenland stärker bluten

Die privaten Gläubiger haben sich in der Umschuldung nicht durchsetzen können. Sie müssen auf noch mehr Geld verzichten. Davon ist auch der deutsche Staat betroffen.

ma. FRANKFURT, 21. Februar. Die Verluste aus der griechischen Umschuldung fallen für die privaten Gläubiger wie Banken, Versicherungen und Fonds höher aus als bislang angenommen. Wie das griechische Finanzministerium am Dienstag mitteilte, müssen sie auf 53,5 statt 50 Prozent ihrer Forderungen verzichten. Damit sinkt die Schuldenlast Griechenlands um 107 Milliarden Euro. Zudem kündigte Finanzminister Evangelos Venizelos einen Gesetzesentwurf zur nachträglichen Einführung von Umschuldungsklauseln an. Damit werden auch die unwilligen Gläubiger gezwungen, an der Umschuldung teilzunehmen. Damit soll sichergestellt werden, dass der beabsichtigte Abbau der Schuldenlast erreicht wird.

Für die restlichen Forderungen im Nennwert von 93 Milliarden Euro erhalten Banken und Versicherer kurzfristige Anleihen des Euro-Rettungsfonds EFSF über 30 Milliarden Euro und neue griechische Anleihen über 63 Milliarden Euro. Die privaten Gläubiger wurden in den Verhandlungen vom Internationalen Finanzverband IIF vertreten. Dessen Geschäftsführer Charles Dallara erwartet, dass der Anleihe-tausch noch in dieser Woche beginnt. Davor muss das griechische Parlament die Umschuldungsklauseln absegnen. Die neuen Anleihen haben eine Laufzeit von 30 Jahren und werden mit durchschnittlich 3,65 Prozent verzinst. Nach einer IIF-Mitteilung beträgt der Durchschnittszinssatz in den ersten acht Jahren nur 2,63 Prozent. Wegen des niedrigen Zinses fallen für Banken und Versicherer hohe Barwertabschreibungen an, weil er deutlich unter den aktuellen Marktzinsen Griechenlands dem portugiesischen Zins annähert, erwartet Klaus-Peter Feld, Vorstandsmitglied des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW), einen Abschreibungsbedarf von 70 Prozent oder etwas mehr. Dass Griechenland den privaten Gläubigern darüber hinaus noch zu sagt, die Verzinsung an das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zu knüpfen, hält Feld für vernachlässigenswert. Er spricht

## Der nächste Versuch, Griechenland zu retten



von einem Besserungsschein. Das griechische Finanzministerium ließ konkrete Wachstumsraten noch offen.

In Bankenkreisen wird der Abschreibungsbedarf auf 74 Prozent geschätzt. Damit kommen für die deutschen Banken zum Teil noch weitere Wertberichtigungen hinzu. Von einem enormen Beitrag der privaten Banken sprach Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB). Er verwies darauf, dass die Banken in den vergangenen Jahren einen Teil der Abschreibungen schon vorweg genommen hätten. Laut Sparkassenpräsident Heinrich Haasis wurde der Spielraum für die Beteiligung der privaten Gläubiger sehr weit ausgereizt. Die meisten Banken hätten ihre griechische Forderungen bislang um 70 Prozent abgeschrieben, so die Analysten der französischen Bank BNP Paribas.

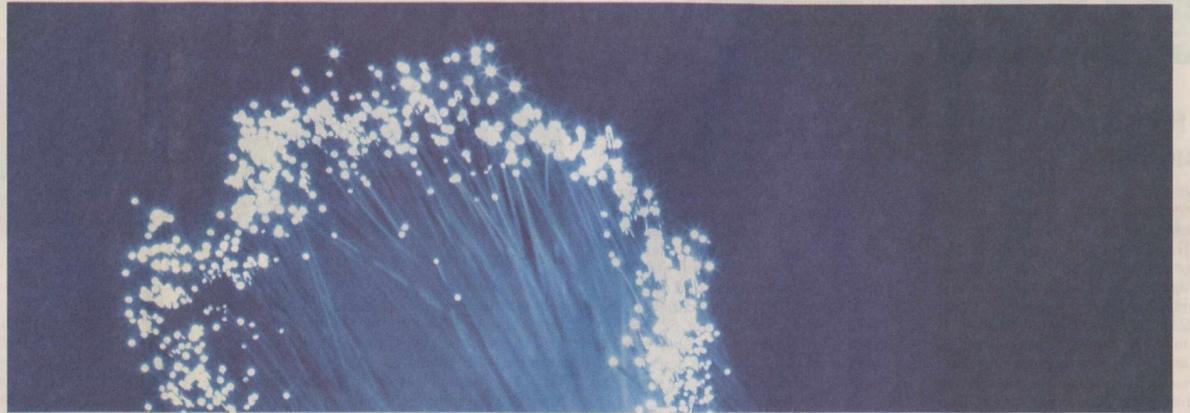
Die Deutsche Bank hat im vergangenen Geschäftsjahr den Bestand an griechischen Staatsanleihen von 1,6 Milliarden auf 448 Millionen Euro abgeschrieben. Die Commerzbank hat ihre Forderungen gegenüber dem griechischen Staat um

fonds Soffin und damit der deutsche Steuererzähler haftet. Der Vorsitzende des Soffin-Leitungsausschusses, Christopher Pleister, berichtete dem Haushaltsausschuss des Bundestags am 23. Januar, dass allein eine 50-prozentige Abschreibung auf Griechenland-Anleihen für die FMS Wertmanagement einen zusätzlichen Verlust von 6 Milliarden Euro bedeuten würde. Dieser dürfte nun noch steigen und müsste durch den Soffin ausgeglichen werden. Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) hielt Ende September griechische Anleihen über 628 Millionen Euro, die WGZ Bank über 531 Millionen Euro und die DZ Bank über 488 Millionen Euro. Der Rückversicherer Munich Re bewertet seine griechischen Anleihen mit rund 400 Millionen Euro oder 23 Prozent des Nennwerts. Bei der Allianz waren es Ende September 497 Millionen Euro beziehungsweise 39 Prozent des Nennwerts.

Griechenland will auch die unwilligen Gläubiger per Gesetz zwingen, an dem Schuldenschnitt teilzunehmen.

52 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro wertberichtigt. Ein empfindlicher Verlust droht aber noch der staatlichen Abwicklungsbank („Bad Bank“) der Hypo Real Estate, für die der staatliche Bankenrettungs-

Bis Dr. Charles Kao die Art und Weise, wie wir kommunizieren, verändert hatte, wollte er nicht ruhen. Genauso wenig wie das Team hinter ihm.



## Was kann Ihr Berater vom Team, das die Glasfaser erfunden hat, über Kommunikation lernen?

Es ist unwahrscheinlich, dass Sie je an dieses Team denken, selbst wenn Sie mit jemandem auf der anderen Seite der Welt kommunizieren.

Aber es war dieses Team von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern, das Dr. Charles Kao bei der Verwirklichung seiner Vision unterstützte. Und das Glasfasernetz entwickelte, das uns heute alle miteinander verbindet.

Bei UBS wissen wir um die Kraft von Verbindungen.

Deshalb verstehen wir uns als integrierte Firma, in der sämtliche Abteilungen zusammenarbeiten und ihre Expertise miteinander teilen.

Um Ihnen zu helfen, Mehrwerte zu erschließen, Kapitalmärkte effizienter zu nutzen und für Ihre Kunden und Anteilseigner Bestleistungen zu erbringen.

Bis wir Ihnen durch die Kraft von Verbindungen und Kommunikation beim Erreichen Ihrer unternehmerischen Ziele helfen konnten, steht eines fest:

Wir werden nicht ruhen UBS

## Trotz Rekordgewinn bleibt Aareal Bank vorsichtig

ma. FRANKFURT, 21. Februar. Die Aareal Bank hat im vergangenen Geschäftsjahr ihr Konzernbetriebsergebnis um 38 Prozent auf 185 Millionen Euro gesteigert. Trotz des Rekordgewinns blickt Vorstandschef Wolf Schumacher vorsichtig auf das laufende Jahr und erwartet ein Ergebnis, das leicht unter dem von 2011 liegen dürfte. Der Aktienkurs gab daraufhin um bis zu 11 Prozent nach. Der Wiesbadener Immobilienfinanzierer rechnet weiter mit schwankungsanfälligen Finanzmärkten und Risiken für das Finanzsystem, weil die europäische Staatsschuldenkrise noch immer ungelöst ist. Aus diesem Grund will Schumacher an der stillen Einlage des staatlichen Bankenrettungsfonds Soffin von 300 Millionen Euro vorerst festhalten. Er betonte, dass diese weiterhin voll bedient werde. Auch ohne diese Einlage liegt die Kapitalausstattung deutlich über den von der Europäischen Bankenaufsicht geforderten Werten.

Einen belastenden Effekt auf den Zinsüberschuss haben die bei der Europäischen Zentralbank (EZB) aus Sicherheitsgründen geparkten Mittel. Zum Jahresende 2011 seien es 1,3 Milliarden Euro gewesen, was das Zinsergebnis mit 16 Millionen Euro belastet habe, so Schumacher. Im laufenden Jahr rechnet Finanzvorstand Hermann Merkmens mit einer durchschnittlich bei der EZB geparkten Summe von 3 bis 4 Milliarden Euro. Laut Schumacher haben sich viele Banken an den Auslandsmärkten zurückgezogen. Dass nun verstärkt Versicherungen in die Immobilienfinanzierung einsteigen, begrüßte er, weil ansonsten eine Kreditklemme nicht zu vermeiden sei. Er verwies hier auf das hohe Volumen an Krediten, die in diesem Jahr verlängert werden müssten. Die Banken alleine könnten diese Nachfrage nicht bedienen. In Deutschland gibt es seiner Ansicht nach noch zu viele Wettbewerber in der Immobilienfinanzierung. (Kommentar, Seite 18)

**ANZEIGE**

Wer ist die erste Wahl für Ihre Steuererklärung?

[www.datev.de/steuerberater](http://www.datev.de/steuerberater)

## Eon-Boni unter Beobachtung

St. DÜSSELDORF, 21. Februar. Die variable Vorstandsvergütung der Eon AG steht diesmal unter besonderer Beobachtung. 2011 war mit gewaltigen Verlusten im Gasgeschäft, enormen Ergebnisbelastungen durch den Atomausstieg und mit dem Start zum Abbau von jedem sechsten Arbeitsplatz in Deutschland das schwierigste und auch schlechteste Geschäftsjahr in der Unternehmensgeschichte. Der Energiekonzern dürfte am 14. März in seinem Jahresabschluss erstmals einen Milliarden-Verlust präsentieren. Und gegenüber dem Vorjahr sind der Börsenkurs und wahrscheinlich auch die Dividende ein Drittel niedriger. Ende 2010 wurde das kaum zwei Jahre alte variable Vergütungssystem des Vorstandes überarbeitet. Damals wurden die gemeinsamen Ziele für die Vorstandstaniemen zum Teil unter den Vorjahreswerten festgelegt. Der Atomausstieg hat Eon zurückgeworfen. Die „Rheinische Post“ berichtete, drei der sechs Vorstände, hätten ihre Ziele übertroffen und könnten mit Tantiemen zwischen 120 und 150 Prozent rechnen. Der Aufsichtsrat entscheidet am 13. März.

## BASF kauft von Merck das Batteriegeschäft

tag. LUDWIGSHAFEN, 21. Februar. Der Chemiekonzern BASF beschleunigt die Aufholjagd im Batteriegeschäft. Nach zwei Zukäufen in Amerika im Januar und Februar für jeweils rund 50 Millionen Dollar kauft BASF nun das Geschäft mit Elektrolyten für Hochleistungs-Batterien des Darmstädter Chemie- und Pharmakonzerns Merck KGaA. Als Preis nannten beide Unternehmen einen „unteren zweistelligen Millionenbetrag“. BASF übernehme eine vollständige Produktlinie fertiger Elektrolytformulierungen. Hinzu kämen verschiedene Additive für Elektrolyte zur Herstellung von Lithium-Ionen-Batterien. Merck begründete den Verkauf damit, das Geschäft mit Elektrolyten stehe noch am Anfang seiner kommerziellen Entwicklung und habe nur wenige Berührungspunkte mit den sonstigen Aktivitäten in der Chemie. BASF hingegen will im Markt für Elektromobilität eine gewichtige Rolle spielen und hat deshalb zum Jahresanfang die Geschäftseinheit Batteriematerialien mit Sitz in Amerika gegründet. Ziel ist es, global führender Anbieter von Materialien und Komponenten für Batteriehersteller zu werden.

# Deutschlands größte Bad Bank braucht Geld

Die FMS Wertmanagement wird voraussichtlich mehr als 6 Milliarden Euro abschreiben müssen

hpe. MÜNCHEN, 21. Februar. Kein anderes Institut ist vom Schuldenschnitt für Griechenland in so hohem Ausmaß betroffen wie die FMS Wertmanagement, die Abwicklungsanstalt der maronischen Hypo Real Estate (HRE). Denn keine andere private Bank oder Versicherung besitzt derart viele griechische Staatsanleihen, Kredite und Derivate. Per Ende Juni vergangenen Jahres – aktuellere Zahlen liegen nicht vor – betrug das Griechenland-Exposure der FMS Wertmanagement 9,3 Milliarden Euro. Derivate in nicht veröffentlichter Milliardenhöhe müssen noch hinzugerechnet werden.

Auf jeden Fall wird ein Schuldenschnitt von 53,5 Prozent für die privaten Griechenland-Gläubiger bei der FMS Wertmanagement Wertberichtigungen

von mehr als 6 Milliarden Euro nach sich ziehen. Erst Ende Januar hatte Christopher Pleister, der Chef der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), im Haushaltsausschuss des Bundestags erklärt, er rechne bei einem Schuldenschnitt für Griechenland von 50 Prozent damit, dass die FMS Wertmanagement einen zusätzlichen Verlust von 6 Milliarden Euro verbuchen müsse. Nun fällt der Schuldenschnitt sogar noch etwas höher aus. Damit werden die Verluste von Deutschlands größter Bad Bank nochmals steigen.

Im Herbst 2010 hat die FMS Wertmanagement unter Aufsicht des Bundesfinanzministeriums von der verstaatlichten HRE ein Portfolio mit faulen Krediten und risikobehafteten Wertpapieren

europäischer Krisenstaaten von 176 Milliarden Euro übernommen. Seit Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit sind daraus schon Verluste von 3,7 Milliarden Euro aufgelaufen. Für sie muss der deutsche Steuerzahler geradestehen. Denn in den Statuten der FMS Wertmanagement ist vorgesehen, dass jegliche Verluste durch den staatlichen Bankenrettungsfonds Soffin ausgeglichen werden müssen. Im Abwicklungsplan für die ersten zehn Jahre hat der Bundesbank Risikoversorge von 2,9 Milliarden Euro dafür bereitgestellt. Nach nur zwei Jahren erweist sich dieser Betrag als viel zu klein.

Nun werden die Belastungen aus dem Griechenland-Hilfspaket den Soffin zum Verlustausgleich zwingen. Wie hoch genau der Abschreibungsverlust sein wird, den die FMS Wertmanage-

ment zu bilanzieren hat, dazu konnte ein Unternehmenssprecher am Dienstag nichts sagen: „Es gibt eine Reihe von Unwägbarkeiten.“ Unklar ist etwa, wie sich die nötige Korrektur der Derivate-Positionen niederschlägt und ob sich aus den nach HGB bilanzierten Wertpapieren ebenfalls hohe Minderungen ergeben.

Sehr wahrscheinlich wird die FMS Wertmanagement den Verlust noch im Geschäftsjahr 2011 verbuchen müssen. Darauf werden die Wirtschaftsprüfer dringen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC stand vor einigen Monaten in der Kritik, weil durch Falschbuchungen nach der HRE-Abspaltung die Bilanzsumme der Bad Bank zeitweilig um 55,5 Milliarden Euro zu hoch ausgewiesen worden war.

## Scholz: Rückzug aus Hapag-Lloyd ist vorstellbar

rit. HAMBURG, 21. Februar. Die Hansestadt Hamburg will nicht auf Dauer größter Anteilseigner der Container-Reederei Hapag-Lloyd bleiben. Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) kann sich nach eigenem Bekunden sogar vorstellen, dass sich die Stadt „perspektivisch“ wieder ganz aus dem Unternehmen zurückzieht. Wie berichtet, stockt die Stadt ihren Anteil bei Hapag-Lloyd von 23,6 auf 36,9 Prozent auf. Dafür wendet sie über die städtische Beteiligungsgesellschaft HGV 420 Millionen Euro auf. Man wolle die neu erworbenen Anteile „in einem absehbaren Zeitraum an seriöse Partner veräußern“, sagte Scholz auf einer Pressekonferenz in Hamburg. Einer dieser Partner heißt Klaus-Michael Kühne. Der Logistikunternehmer hat die Option, der Stadt innerhalb der nächsten Jahre für 150 Millionen Euro gut 5 Prozent der Hapag-Aktien abzukaufen. Dadurch würde Kühne Anteil auf über 33 Prozent klettern. Die TUI will ihren Restanteil von 22 Prozent im Zuge eines Börsengangs von Hapag-Lloyd loswerden. In diesem Zusammenhang wolle auch Hamburg einen Teil seiner Aktien umplazieren, sagte Scholz. Außerdem prüfe man, Hapag-Anteile über eine Umtauschanleihe in den Markt zu geben.

Aber zunächst einmal erhöht die Stadt das Engagement bei Hapag-Lloyd auf insgesamt 1,1 Milliarden Euro. Scholz begründete dies mit der ansonsten drohenden Übernahmegefahr. Von Herbst an hätte die TUI die Mehrheit der Reederei an einen strategischen Investor verkaufen können. Ein so großes und wichtiges Hamburger Unternehmen wie Hapag-Lloyd dürfe nicht in falsche Hände geraten und Opfer eines globalen Monopols werden, sagte Scholz, der in dem Einsatz der Stadt kein beihilferechtliches Problem sieht. Eine bloße Sperrminorität hätte nach Scholz' Einschätzung nicht gereicht. „um das Schlimmste zu verhindern.“

In der Kalkulation des Senats soll Hapag-Lloyd von 2013 an Dividenden ausschütten. Dies soll ausreichen, um die Finanzierungskosten der HGV zu decken. Diese Erwartung kommentierte Scholz mit den Worten: „I want my money back.“ Der Senat denke und handle pragmatisch, sagte der Finanzsenator Peter Tschentscher (SPD). Dank des Einsatzes der Stadt sei der Mehrheitsverkauf von Hapag-Lloyd endgültig abgewendet. Zugleich gab Tschentscher aber auch zu: „Es ist nicht sicher, dass die TUI im Herbst die Mehrheit verkauft hätte.“

**ANZEIGE**

Wer holt bei der Steuererklärung das Beste für Sie raus?

[www.datev.de/steuerberater](http://www.datev.de/steuerberater)

# Griechenland trifft Commerzbank hart

Auf das im Januar genannte Jahresergebnis werden nun noch Abschreibungen auf Griechenland fällig. Die Lücke in der Kapitaldecke vergrößert sich zwar nicht. Aber die Commerzbank machte 2011 nach HGB wohl Verlust. Der Staat wird daher wieder keine Zinsen auf die stille Einlage erhalten.

Von Hanno Mußler

FRANKFURT, 21. Februar. Wochenlang war spekuliert worden, die Commerzbank werde wieder Staatshilfe benötigen, um den von der europäischen Bankenaufsicht EBA geforderten Kapitalpuffer für die europäische Staatsschuldenkrise aufzubringen. Doch am 19. Januar präsentierte Martin Blessing zur Begeisterung der Börsianer einen Plan, der ohne Staatshilfe auskommt. Die von der EBA bemängelte Lücke in der Kapitaldecke habe die Commerzbank bis Jahresende 2011 durch den Abbau von Risiken und einem Gewinn im vierten Quartal von 1,2 Milliarden Euro schon von 5,3 auf 2,3 Milliarden Euro verringert, sagte der Vorstandsvorsitzende der Commerzbank damals. Wenn Blessing nun fünf Wochen später an diesem Donnerstag das Jahresergebnis der Commerzbank und den Gewinn im vierten Quartal präsentiert, werden die Zahlen anders aussehen. Denn die Umschuldung Griechenlands schlägt ins Kontor.

Schon Mitte Januar hatte Blessing betont, der von ihm für 2011 genannte Jahresgewinn von 1,6 Milliarden Euro sei ein vorläufiges Ergebnis, in dem mögliche weitere Abschreibungen auf Griechenland nicht enthalten seien. Da erst seit Dienstag feststeht, wie hoch der Gläubigerverzicht genau ausfällt, durfte die Commerzbank bisher gar nicht über das schon vorgenommene Ausmaß hinaus Wertberichtigungen bilden. Ihre Griechenland-Anleihen von im Nennwert 2,9 Milliarden Euro sind derzeit auf 1,4 Milliarden Euro abgeschrieben. Das ist eine Wertkorrektur um 52 Prozent. Verständigt hat man sich aber nun auf eine Umschuldung, die bei den privaten Gläubigern eine Abschreibung von bis zu 74 Prozent erfordern können. Damit muss die Commerzbank nun wohl weitere rund 0,7 Milliarden Euro abschreiben. Der Gewinn des vierten Quartals dürfte daher auf etwa 0,5 und der Jahresgewinn auf 0,9 Milliarden Euro gesunken sein. Ohne Beteiligungsverkäufe und Anleihenrückkäufe, die den Gewinn um 0,9 Milliarden Euro in die Höhe treiben, hätte die Bank im vierten Quartal wegen Griechenland wohl sogar Verlust gemacht.

Mit Verlust arbeitet die Commerzbank nach den deutschen Bilanzregeln HGB wohl ohnehin. Analysten und Anleger sind zwar gewohnt, ausschließlich auf die Ergebnisse zu schauen, die bör-



Die Konzernzentrale in Frankfurt

Foto Felix Seuffert

sennotierte Gesellschaften nach den internationalen Bilanzregeln IFRS ausweisen. Doch im Fall der Commerzbank ist auch die HGB-Bilanz von großer Bedeutung. Denn entscheidend dafür, ob der Staat die vereinbarten 9 Prozent Zinsen auf die verbliebene stille Einlage von 1,9 Milliarden Euro erhält, ist ein Jahresgewinn nach HGB. Da die Commerzbank im zweiten Quartal 2011 für die vorzeitige Rückzahlung des Großteils der bisher nie mit Zinsen bedienten stillen Einlage von ursprünglich 16,4 Milliarden Euro dem staatlichen Bankenrettungsfonds Soffin eine Entschädigung von 1 Milliarden Euro zahlte, ist so gut wie sicher, dass die Bank nach HGB auch im Jahr 2011 einen Verlust ausweist. Denn die Zahlung von 1 Milliarde Euro an den Soffin ist nicht IFRS-, aber HGB-relevant. Daher wird das HGB-Jahresergebnis im

Vergleich zum IFRS-Ergebnis um 1 Milliarde Euro stärker belastet. Die Commerzbank wird daher nach HGB einen Jahresverlust ausweisen. Und der Soffin wird wegen dieses Verlustes nicht 170 Millionen Euro an Zinsen erhalten.

Mit Blick auf die Kapitaldecke dagegen muss Blessing wohl von der Botschaft „Wir schaffen es aus eigener Kraft“ zumindest am Donnerstag noch nichts zurücknehmen. Denn der Kapitalbedarf der Commerzbank hat sich in den Augen der Aufseher nicht vergrößert. Das wäre zumindest plausibel, wenn man sich in Erinnerung ruft, warum überhaupt eine Kapitaldecke bemängelt wurde: Die EBA hatte – im Gegensatz zu geltenden Bilanzregeln – von den Banken im Stresstest verlangt, alle europäischen Staatsanleihen zu Marktpreisen zu bewerten, die Verluste mit dem Eigenkapital zu

verrechnen und dann eine Mindestquote von 9 Prozent Kernkapital zu risikogewichteten Aktiva zu erreichen. Da im November die Kurse der griechischen Staatsanleihen schon in der Nähe des jetzt beschlossenen Schuldenschnitts notierten, haben sich die Aufseher offenbar entschlossen, die nun bei allen Banken erforderlichen weiteren Abschreibungen auf Griechenland nicht als höheren Kapitalbedarf zu werten, sondern als ein „Zugreifen auf den verlangten Kapitalpuffer“. Damit wäre die Griechenland-Abschreibung in Bezug auf die Kapitallücken weitgehend neutral: Die Commerzbank hat im Stresstest für Griechenland einen zusätzlichen Kapitalbedarf von 0,9 Milliarden Euro bilden müssen. Tatsächlich braucht sie nun davon 0,7 Milliarden Euro. Damit hat sich die Kapitallücke in Abweichung zu Marktpreisen bis Jahresende auf die von der Commerzbank im Januar genannten 2,3 Milliarden, vielleicht sogar auf 2,1 Milliarden Euro verkleinert.

Gleichwohl fragen sich Analysten, wie realistisch die Annahme ist, die verbleibende Kapitaldecke durch Risikoabbau (1,5 Milliarden Euro), Kapitalmanagement (0,6) und mit im ersten Halbjahr 2012 zu erzielenden und dann einzubehaltenen Gewinnen zu schließen. Blessing kalkuliert mit 1,2 Milliarden Euro Halbjahresgewinn. „Das ist weit über unseren Prognosen. Wir rechnen für das Gesamtjahr mit kaum mehr, nämlich mit 1,4 Milliarden Euro“, sagt Eugenio Cicconetti von JP Morgan. Die Deutsche Bank traut der Commerzbank in einer Studie im ersten Halbjahr 2012 einen Gewinn von 0,9 Milliarden Euro zu. Daher könnte am Donnerstag eine Diskussion darüber beginnen, ob die Commerzbank nicht auf ihren Plan B zum Füllen der Kapitaldecke zurückgreifen muss.

Zwar ist Blessings „Wir schaffen es aus eigener Kraft-Plan“ keineswegs auf Kante genäht, sieht er doch auf dem Papier ein Überfüllen der Kapitaldecke um 1 Milliarde Euro vor. Doch es ist unbestritten, dass gerade der zu forcierte Abbau von 17 Milliarden Euro an Risiken mit Unwägbarkeiten verbunden ist. So ist es möglich, dass Wertpapiere und Kredite in diesem Ausmaß nur verringert werden können, wenn die Commerzbank bei Verkäufen Verluste hinnehmen. Durch den Risikoabbau würde dann zwar gebundenes Eigenkapital freigesetzt, gleichzeitig aber durch die Verluste auch wieder Eigenkapital aufgezehrt. Daher schien es vernünftig von Blessing, mit einem Spielraum von 1 Milliarde Euro zu planen.

Dieser Spielraum könnte nun wegen der geringen Profitabilität der Commerzbank geringer werden. Schließlich sinkt das Ertragspotential vom derzeit kaum auskömmlichen Niveau durch den Abbau von Geschäft weiter. Daher wird Blessing vielleicht doch noch auf Plan B zurückgreifen müssen, um die Kapitaldecke zu schließen. Die Allianz, die der Commerzbank seinerzeit die Dresdner Bank verkaufte, könnte eine stille Einlage von 0,75 Milliarden Euro in Kernkapital wandeln. Das wäre dann nicht mehr „Wir schaffen es aus eigener Kraft“, aber immerhin ohne weitere Hilfe vom Staat.

# Dürr profitiert von reger Nachfrage der Autoindustrie

Lackieranlagenhersteller schüttet Rekorddividende aus / Mitarbeiter erhalten Bonus von 1500 Euro

ols. STUTTGART, 21. Februar. Nach dem Rekordjahr 2011 will der Lackieranlagenhersteller Dürr AG die bisher höchste Dividende ausschütten. Das Unternehmen wolle pro Anteilsschein 1,20 Euro zahlen – viermal so viel wie für das Vorjahr, sagte der Vorstandsvorsitzende Ralf Dieter in Stuttgart bei der Vorlage der Bilanz. Der im S-Dax notierte Maschinen- und Anlagenbauer ist vor allem für die Autoindustrie tätig. Der Anteil am Gesamtumsatz beträgt aktuell 85 Prozent. Er soll in den nächsten Jahren auf 80 Prozent sinken. Deshalb solle auch der Unternehmensbereich Umwelt- und Energietechnik bewusst ausgebaut werden, erläuterte Finanzvorstand Ralph Heuwing. Der Umsatz habe 2011 noch 86 Millionen Euro betragen. In der Sparte seit vergangenem Jahr bestehende Aktivitäten gebündelt. Es wurden auch schon Zukäufe getätigt. Unter anderem geht es bei diesem Bereich um die Nutzung von Abwärme. Die neue Sparte solle bis 2015 einen Umsatz von 200 Millionen Euro erzielen.

Der in Bietigheim-Bissingen ansässige Konzern profitierte 2011 vor allem in China und anderen Schwellenländern von der guten Nachfrage der Autobauer nach neuen Lackieranlagen, Reinigungstechnik und Auswuchtmaschinen. Der Umsatz stieg um die Hälfte auf 1,9 Milliarden Euro, der Auftragsbestand kletterte sogar um zwei Drittel auf die Höchstmarke von 2,7 Milliarden Euro. Dieter sagte, hier spiegele sich der Nachholbedarf nach der Wirtschaftskrise wider.

Für 2012 sei die Auslastung abgesichert. Der Nettogewinn habe sich dank geringerer Finanzierungskosten auf 64 Millionen Euro verneunfacht. China ist der wichtigste Markt für Dürr. Der Vorstandschef des vom früheren Bahn-Chef Heinz Dürr und seiner Familie kontrollierten Unternehmens sagte weiter, die Autobranche sei ein Wachstumsmarkt. 2011 seien weltweit mehr als 74 Millionen Autos produziert worden. Im Jahr 2016 sollen es über 100 Millionen Fahrzeuge sein. Wichtig sei vor allem China, weil dort die Autohersteller neue Fabri-



Lackieranlage

Foto Dürr

ken errichteten. Im Jahr 2011 habe Dürr aber auch von der sich erholenden Autoindustrie in Nordamerika profitiert.

Im Geschäft mit Lackierrobotern erzielte das Unternehmen 2011 einen Umsatz von 407 Millionen Euro nach 267 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum. Die operative Marge betrug 7,6 Prozent. Dürr ist im Bereich Lackierroboter Weltmarktführer – vor den Industriearüstern ABB und Fanuc. Im Jahr 2011 wurden 1340 Automaten verkauft.

Von den guten Geschäften sollen auch die Tarifbeschäftigten in Deutschland profitieren. Sie sollen einen Bonus von 1500 Euro je Mitarbeiter erhalten. Für 2012 rechnet Dieter mit einem Auftragszugang von mehr als 2 Milliarden Euro. Der Umsatz werde um mindestens 5 Prozent zulegen. Die operative Marge (vor Steuern und Zinsen) soll um bis zu einen halben Prozentpunkt auf 6 Prozent zulegen. Zukäufe seien im Bereich Umwelttechnik geplant. Das Unternehmen hat Barmittel von fast 300 Millionen Euro. (Kommentar Seite 18)

## Brenntag präsentiert neue Bestmarken

B.K. DÜSSELDORF, 21. Februar. Der Chemiekalienhändler Brenntag hat im Geschäftsjahr 2011 neue Rekorde im Umsatz und im Ergebnis geschafft und blickt zuversichtlich auf das neue Geschäftsjahr. „Das Unternehmen plant ein Wachstum aller relevanten Ergebnisgrößen“, teilte das Management anlässlich der Bekanntgabe erster Eckzahlen mit. Soweit erforderlich sollen weiterhin Maßnahmen zur Effizienzsteigerung ergriffen werden. Beim Finanzergebnis wird mit einer weiteren Verbesserung gerechnet, da die im vergangenen Jahr erfolgte Refinanzierung voll zum Tragen kommen wird.

Der Weltmarktführer in der Chemiedistribution will seine Strategie fortsetzen, wonach der Marktanteil besonders in den Wachstumsmärkten vergrößert, die Position in etablierten Märkten verbessert und die Konsolidierung in der noch immer fragmentierten Branche vorangetrieben werden soll. Im Berichtsjahr hat Brenntag nach vorläufigen Zahlen den Umsatz auf Basis konstanter Wechselkurse um mehr als 15 Prozent auf nahezu 8,7 Milliarden Euro gesteigert. Zu dem deutlichen Zuwachs trugen höhere Verkaufspreise und größere Absatzmengen bei. Das operative Ergebnis (Ebitda) zog um 12 Prozent auf 660 Millionen Euro an. Das Ergebnis nach Steuern wurde um 90 Prozent auf 279 Millionen Euro verbessert. Verantwortlich für die neuen Bestmarken waren laut Vorstand das anhaltende organische Wachstum des operativen Geschäftes, eine erhöhte Effizienz, ein verbesserter Finanzierungsmix und der Ergebnisbeitrag der Zukäufe.

Bei einem kräftig erhöhten Ergebnis je Aktie von 5,39 (2,93) Euro soll eine Dividende gezahlt werden, zu deren Höhe sich Brenntag noch nicht äußert. An dem seit März 2010 börsennotierten Unternehmen hält der Finanzinvestor BC Partners noch 27 Prozent. Nach Angaben des Deutschland-Chefs von BC Partners wird ein längeres Engagement über ein weiteres Jahr hinweg nicht ausgeschlossen.